4. Jahrgang. Nr. [illegible] — [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Sonnabend, 15. Juli 1922

Gegen den reaktionären Bürgerblock!

An das deutsche Proletariat!

An die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften!

Genossen!

In der heutigen Reichstagssitzung ist es den sozialistischen Parteien nicht gelungen, auch nur einen einzigen ihrer selbständigen Anträge durchzubringen. Der Bürgerblock stimmte geschlossen alle sich auf das Berliner Abkommen gründenden Anträge nieder. Nicht eine der Forderungen, für die Millionen an Arbeitern, Angestellten und Beamten zweimal in wuchtigen Massenkundgebungen demonstrierten, ist erfüllt. Der Bürgerblock machte aus einem Schutzgesetz der Republik ein Trutzgesetz gegen die Arbeiterklasse. Nicht die monarchistische Reaktion, sondern die kämpfende Arbeiterschaft wird von diesem Gesetz getroffen werden.

Kein Verbot der monarchistischen Kundgebungen und Propaganda!

Keine Auflösung der monarchistisch-militaristischen Organisationen!

Keine Ausweisung der an Kriegsnot und Massenelend schuldigen Fürsten und Prinzen!

Keine Säuberung der Reichswehr und der Gerichte von monarchistischen Elementen!

Keine Reichsexekutive gegen Orgeschbayern!

Die Reaktion kann triumphieren! In Kürze wird sie so stark sein, um einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft wagen zu können. Die Stunde ist überaus ernst. Von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften hängt es ab, ob der Bourgeoisie dieser neue schwere Schlag gegen die Arbeiterklasse gelingt.

In dieser ernsten Situation fordern wir die Leitungen des ADGB., der Afa., der SPD. und USP. erneut auf, **gemeinsam mit uns die Massen des Proletariats zur Durchführung der gemeinsamen Mindestforderungen** zu mobilisieren. In dem letzten gemeinsamen Aufruf der Spitzenkörperschaften heißt es klar und entschieden:

„Die Forderungen sind beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und zur endlichen Niederkämpfung der Mordhetze der monarchistischen und nationalistischen Volksgegner unbedingt notwendig ist.

Die Gewerkschaften und die politischen Parteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzuweichen.

Sie wissen, was sie angesichts der herrschenden Gefahr der Arbeiterschaft und dem Volke schuldig sind. — Das Aeußerste soll geschehen, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen."

Jetzt gilt es, diese Worte wahr zu machen.

Unterstützt mit uns gemeinsam die **Kontrollausschüsse**, die die Arbeiterorganisationen in zahlreichen Orten im Kampfe gegen die Reaktion geschaffen haben. So nur kann die Arbeiterklasse zur Selbsthilfe aufgerufen werden.

Auflösung dieses Reichstages, der nur Arbeitertrutzgesetze schaffen kann!

Schluß mit der verhängnisvollen **Koalitionspolitik!**

Der sofort zu proklamierende **Generalstreik** gibt Euch die Kraft, die gemeinsamen proletarischen Forderungen gegen Monarchisten und Bourgeoisie durchzusetzen. Dieser Ruf wird von den proletarischen Massen mit Begeisterung aufgenommen werden.

Schafft eine **Arbeiterregierung**, die allein die Macht aufbringen kann, die Reaktion niederzuzwingen!

Bei der Führung der machtvollen Organisationen der Arbeiterklasse liegt die ganze Verantwortung in dieser ernsten Stunde.

Es lebe der Kampf gegen die Reaktion! Es lebe die Einheitsfront im Klassenkampf des Proletariats!

Berlin, den 12. Juli 1922.

Zentrale der KPD.

Die Sozialgesetzgebung gegen die Arbeiterschaft.

Das Arbeitsnachweisgesetz, das neben der Arbeitsvermittlung die wichtigen Aufgaben der Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in sich schließen soll, sowie als Grundlage für die kommende Arbeitslosenversicherung vorgesehen wird, ist für die gesamte Arbeiterschaft von außerordentlicher Bedeutung. Dieses Arbeitsnachweisgesetz ist auch das erste Gesetz, das für den Neuaufbau der Sozialgesetzgebung, die unter dem klangvollen Namen das „neue" Arbeitsrecht verkünden wird, verabschiedet werden soll.

Die Arbeitgeberverbände haben von jeher in den Arbeitsnachweisen besonders bei dem Niedergang der Konjunktur eine starke Machtposition gehabt, die sie bei den wirtschaftlichen Kämpfen als eine gefährliche Waffe gegen die Arbeiterschaft in Anwendung brachten. Besonders waren es die Nachweise in der Metall- und Werftindustrie, sowie im Bergbau, die den schlimmsten Terror gegen die Arbeiter ausübten und als Maßregelungsinstitute allgemein bekannt waren. Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung herrscht bis heute durch das Bestehen der unzähligen nicht gewerbsmäßigen Nachweise der wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer, der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern ein ungeheuerlicher Zustand der Zerfahrenheit, der sich insbesondere bei einer erneuten Wirtschaftskrise und Hochschnellen der Arbeitslosenziffer zum schweren Nachteil der gesamten Arbeiterschaft auswirken würde und schrankenlose Unternehmerwillkür zur Folge hätte.

Hinzu kommen noch die gemeingefährlichen Nachweise der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die sich hauptsächlich auf das Gebiet der Gastwirts- und Handelsangestellten, der Landarbeiter usw. erstrecken. Sie führen neben der entwürdigenden Behandlung einen wahren Raubzug auf Kosten der Aermsten. Ebenso gefährlich sind die charitativen Nachweise der konfessionellen Vereine und Anstalten, die unter dem christlichen Deckmantel die schlimmsten Brutstätten für Lohndrückerei und Streikbrechervermittlung sind.

Sollte also das Arbeitsnachweisgesetz die Anarchie in der Arbeitsvermittlung, sowie die gemeingefährlichen Begleiterscheinungen für die Arbeiterbewegung und der gesamten Volkswirtschaft beseitigen und die Zustimmung der Arbeiterschaft finden, so müßte das Gesetz auf folgender Grundlage aufgebaut sein:

Die Einführung der monopolisierten Arbeitsvermittlung durch das Gesetz, d. h. die Ueberführung aller nicht gewerbsmäßigen Nachweise in die öffentlichen rechtlichen Nachweisämter. Sofortige Auflösung der gewerbsmäßigen und charitativen Nachweise.

Die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweisämter, der Landesämter und des Reichsamts durch die Arbeitnehmer in der gesamten Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Arbeitslosenfürsorge.

Die Einführung der Meldepflicht und des Benutzungszwanges der öffentlichen rechtlichen Arbeitsnachweise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Aufbringung der Kosten für die gesetzlichen Arbeitsnachweise, der Landesämter und dem Reichsamt durch das Reich.

Von diesen Grundforderungen ist in dem Arbeitsnachweisgesetz nichts enthalten. Im Gegenteil, die nicht gewerbsmäßigen Nachweise der landwirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer, der Handels-, Handwerks- und Landeskammer bleiben bestehen. Damit werden die Machtpositionen der Unternehmer verewigt und gesetzlich sanktioniert. Ebenso sollen die gemeingefährlichen gewerblichen Nachweise weiter bestehen bis zum Aussterben der Inhaber dieser Nachweise. Die charitativen Nachweise der konfessionellen Vereine und Anstalten werden ebenfalls von dem Gesetz nicht betroffen und können ihr Unwesen weiter treiben.

Die Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer wird durch den technischen Aufbau und Verwaltung der nach dem Gesetz zu errichtenden Aemter völlig illusorisch gemacht.

Nach dem Gesetz werden errichtet: das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, sowie für die einzelnen Länder die Landesämter für Arbeitsvermittlung. Das Gesetz wird aber geradezu zu einer Konkurrenz, die dadurch, daß den Unternehmern keine Meldepflicht der offenen Stellen an die öffentlichen rechtlichen Nachweise und kein Benutzungs-

Die Konferenzkrise im Haag.

In der Unterkommission für das Privateigentum wurde die von der Sowjetdelegation eingereichte Konzessionsliste für ungenügend befunden, so daß der englische Delegierte erklärte, es habe keinen Zweck, weiterzuverhandeln, falls dies die endgültigen Konzessionen Sowjetrußlands sind.

Verschiedene Korrespondenzen sprechen bereits vom Abbruch der Haager Konferenz. Wenn auch dieser Abbruch noch nicht erfolgt ist und eine weitere Sitzung der Kreditkommission stattfinden wird, steht es fest, daß die Verhandlungen im Haag eine ernsthafte Krise durchmachen!

Der Zusammenstoß ist in der Frage des Privateigentums erfolgt. In dieser Frage kann es von seiten der Sowjetregierung keine Nachgiebigkeit geben. Das hat Rußland bereits in Genua erklärt und im Haag wiederholt. Die Kapitalistenmächte schieben aber alle Fragen, alle Geschäftsverhandlungen über Schulden und Kredite auf dieses Geleise. Die prinzipielle Anerkennung des Privateigentums, die von seiten der Kapitalisten gefordert wird, würde einer Liquidierung der russischen Revolution gleichkommen. Es war von allem Anfang an klar, daß Sowjetrußland in diesem Punkt nicht nachgeben wird.

Sowjetrußlands Position hat sich seit der Genuakonferenz gestärkt. Die guten Ernteaussichten, die Erholung der russischen Wirtschaft, die Besserung des Budgets einerseits und der weitere Zerfall der kapitalistischen Ordnung auf der anderen Seite geben Sowjetrußland die Möglichkeit, energischer als in Genua aufzutreten. Sowjetrußland war bereit, für die in Aussicht gestellten Kredite, welche zur Beschleunigung des Wiederaufbaus notwendig sind, gewisse begrenzte Konzessionen zu gewähren. Die Sowjetdelegation hat aber auch wiederholt erklärt, daß Sowjetrußland warten kann, und auch der Kredite zuliebe seine Prinzipien nicht aufgibt.

Von allem Anfang an konnte mit Sicherheit angenommen werden, daß Frankreich versuchen wird, die Konferenz wie in Genua zu torpedieren. England schien einen „wohlwollenderen" Standpunkt einzunehmen. Wie in Genua scheint England auch im Haag vor dem französischen Standpunkt zu kapitulieren und die Interessen des europäischen Wiederaufbaus denen einer Handvoll französischer Kapitalisten preiszugeben. Diese Linie der englischen Politik stimmt mit der Haltung Englands in der deutschen Reparationsfrage überein. Obzwar Lloyd George seinen dem französischen entgegengesetzten Standpunkt wiederholt klarlegte, ist er in den entscheidenden Momenten stets umgefallen, hat vor Poincaré kapituliert, um für die Konzessionen in den europäischen Fragen französischerseits Konzessionen in der Orientfrage zu erlangen.

Auch diesmal soll die scharfe Sprache Englands im Haag die Lösung der Frage im Orient und der akut gewordenen deutschen Reparationsfrage erleichtern, und Frankreich zu diesbezüglichen Konzessionen bewegen.

Falls die Verhandlungen im Haag abgebrochen werden, wird es den Kapitalisten nicht gelingen, die Verantwortung dafür Rußland in die Schuhe zu schieben. Es ist klar, daß das Scheitern der Konferenz auf Englands Umfall zurückzuführen sein wird und nur beweist, daß die Kapitalisten nicht imstande sind, einen Weg aus dem wirtschaftlichen Chaos zu finden.

Sowjetrußland aber kann warten. Je länger die Kapitalisten eine Anerkennung der Sowjetregierung aufschieben, um so teurer werden sie die Anknüpfung normaler Beziehungen mit Sowjetrußland bezahlen müssen. Sowjetrußland wird inzwischen den Weg der Sonderabkommen und Einzelverhandlungen mit denjenigen Kapitalistengruppen weitergehen, die gewillt sind, mit dem proletarischen Staate ohne politische Forderungen Geschäfte abzuschließen.

Neue Kontrollausschüsse im Bezirk Magdeburg-Anhalt und in West-Sachsen.

Dem Beispiel des Bezirks Halle-Merseburg folgend haben sich nun auch im Magdeburg-Anhaltischen Bezirk Kontrollausschüsse gebildet, und zwar in folgenden Orten:

Aken, Dessau, Hornhausen, Oranienbaum, Staßfurt, Wernigerode, Zerbst.

Auch in West-Sachsen sind Kontrollausschüsse von der Arbeiterschaft eingesetzt worden, und zwar:

Borna, Geithain, Lucka, Oschatz, Riesa, Ramsdorf, Regis, Trebsen und Wurzen.

Die Arbeiterschaft muß die neugebildeten Ausschüsse überall unterstützen. Es kommt alles darauf an, diese einzige außerparlamentarische Position mit allen Mitteln zu halten und auszubauen.

Ein Schutzgesetz für monarchistische Kundgebungen.

Im Reichstage wurde beim Schutzgesetz für die Republik gegen die Linke ein Antrag Marx, Dr. Petersen angenommen, wonach mit Gefängnis bestraft wird, wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt sprengt oder ihre Abhaltung verhindert.

Das Gesetz besagt klipp und klar: Arbeiter, die monarchistische Versammlungen, Kundgebungen unmöglich machen, kommen ins Gefängnis. Marx ist Zentrumsmann, Petersen Demokrat. So schützen die Koalitionsgenossen der Sozialdemokratie — die Monarchie.

Furchtbares Explosionsunglück.

Zehn Tote — viele Verletzte.

WTB. Boizenburg a. Elbe. Mittwoch vormittag hat sich auf dem Platz der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweedorf b. Schwanheide ein furchtbares Explosionsunglück ereignet. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind 10 Tote zu beklagen. Eine größere Anzahl von Personen ist schwer verletzt.

[illegible] wird. Die [illegible] brauchen sich bei der [illegible] von Arbeitskräften [illegible] an die [illegible] rechtlichen [illegible] kümmern, sondern können frei schalten und walten, wie sie wollen.

[illegible] sieht das Gesetz vor, daß auch bei [illegible] Kämpfen (Streiks, Aussperrungen) die [illegible] Der Gipfelpunkt in dem Gesetz wird wohl dadurch erreicht, daß die Arbeiter zu der Kostenaufbringung für die nach diesem Gesetz zu errichtenden Aemter und der Arbeitsvermittlung herangezogen werden sollen.

Die Folgen, die dieses Gesetz für die Arbeiterschaft und Volkswirtschaft bei einer wirtschaftlichen Krise hat, sind unübersehbar. Der Gewerkschaftskongreß hat in Leipzig in seiner Entschließung zu dem neuen Arbeitsrecht ausdrücklich betont, daß dieses Gesetz für die Arbeiter und Angestellten, für die Gewerkschaften unannehmbar ist.

Die Annahme dieses Gesetzes würde eine Provokation für die Arbeiterschaft und einen Sieg für die Unternehmer und der Reaktion bedeuten.

Die kapitalistischen Sonderkammern, Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern sind zu beseitigen und die Bezirkswirtschaftsräte als ständige Kammern, in der die Werktätigen entsprechend ihren Leistungen für die Volkswirtschaft ein nummerisches Uebergewicht und entscheidenden Einfluß haben, zu errichten. Mit der Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte müssen auch die Rechte der Betriebsräte erweitert werden. Die weitgehendsten Aufgaben und Rechte müssen für die Bezirkswirtschaftsräte erkämpft werden, die Kontrolle der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft und das Mitbestimmungsrecht bei der Preisbildung und dem Verkauf der Ware. Ferner die Transportkontrolle, die Kontrolle der Finanzen und Steuern, insbesondere die Einziehung derselben. Weitgehendstes Mitbestimmungsrecht bei dem Neuaufbau der Sozialgesetzgebung.

Nur durch eine lebendige Teilnahme der Werktätigen bei den Sozialgesetzen ist es möglich, ihre ureigensten Angelegenheiten selbst wahrzunehmen und die Sozialgesetzgebung derartig auszugestalten, wie sie der Entwicklung der neuen Zeit und dem Willen der Arbeiterklasse entspricht.

An die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder!

Parteigenossen!

Nach den früheren Erfahrungen ist anzunehmen, daß die [illegible] Zentralinstanzen in Berlin mit den [illegible] Gewerkschaftsinstanzen [illegible] Verhandlungen [illegible] Arbeiter und der Angestellten von einem tatkräftigen Kampf gegen die [illegible] abgehalten.

Das muß in den Betrieben und in Versammlungen mit allen Kräften verhindert werden. Geraten sich in dieser Situation die Arbeiter gegenseitig in die Haare, dann kann von einer Durchführung der aufgestellten Mindestforderungen keine Rede mehr sein,

dann hat die Reaktion gewonnenes Spiel,

dann wird die Zeit bald kommen, wo sich die meuchlerischen Mörderorganisationen mit blutiger Grausamkeit an dem Gesamtproletariat für die ausgestandenen Schrecken rächen werden.

Das Lebensinteresse der Arbeiter erfordert, daß trotz des Verhaltens der Spitzenorganisationen — und nun erst recht! — die Kraft der Arbeiterklasse nicht zerrissen, sondern im Kampf gegen unsere Todfeinde vereinigt wird.

Das Gerede der Spitzenorganisationen über „Disziplinlosigkeiten" und „Ausschreitungen" der Arbeiter ist eine nichtswürdige Verbeugung vor den bürgerlichen Koalitionsgenossen und eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Tatsache ist, daß die deutsche Arbeiterklasse seit dem Schuß auf Rathenau, eine geradezu bewundernswerte Disziplin und Geschlossenheit bewahrte. In tausenden Orten haben riesige Massen ohne den geringsten Zwischenfall demonstriert; in den wenigen Orten, wo es zu Zusammenstößen kam, liegt die Schuld ausnahmslos an den frivolen Provokationen deutschnationaler Mordbuben.

Die Spitzenkörperschaften heulmeiern über Disziplinwidrigkeiten, weil sie hinter der wirklich vorhandenen Disziplin und Geschlossenheit des deutschen Proletariats den entschlossenen Willen zur Tat erblicken, und weil sie nicht den Mut haben,

die Kraft der Arbeiterklasse rücksichtslos einzusetzen.

Das ist auch der wahre Grund, weshalb sie mit den Kommunisten gebrochen haben. Diese empörende Feigheit der Spitzenkörperschaften kann für die Arbeiterschaft zum Verhängnis werden. Wenn die kampfbereiten Massen noch weiter hingehalten werden, wenn sie sehen müssen, daß man auch diesmal nicht über etwas Theaterdonner hinauskommt, daß von einem ernsthaften Kampf um die Mindestforderungen nicht die Rede ist, dann wird die riesige Gefahr akut, daß die Massen zu jeder zentralen Führung das Vertrauen verlieren und ihrer Empörung in wilden Verzweiflungsakten Luft machen.

Es gibt nur ein Mittel, um dem vorzubeugen. Die Parteien und die Gewerkschaften müssen gezwungen werden, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um

die Durchführung der Mindestforderungen zu erzwingen.

Sobald die Arbeitermassen sehen, daß es ihren Führern um mehr als um diplomatische Manöver zu tun ist, daß der riesige Aufwand bei den beiden Demonstrationen mehr bewirken sollte [illegible] werden sich die Arbeiter [illegible] und in allen Orten [illegible] ihre Führer helfen. Der Kampf gegen die Monarchisten und ihre [illegible] wird die Arbeiterklasse [illegible] Linie aufnimmt?

Wie aber kommen wir zum einheitlichen und geschlossenen Handeln?

Auf diese Frage antworten wir Euch: Laßt Euch nicht durch die Haltung einiger Führer hemmen, sorgt dafür, daß der Wille der Masse einheitlich und geschlossen in jedem Betriebe, in jedem Ort, in jedem Bezirk zum Ausdruck kommt. Sorgt dafür, daß der letzte Arbeiter begreift, um was in diesen Tagen das Proletariat, koste es was es wolle, kämpfen muß.

In alltäglichen Begebenheiten können die Partei- und Gewerkschaftsführer den Willen der Massen mißachten. Jetzt, wo es sich um einen Kampf um Tod und Leben handelt, kann den Willen des Proletariats, wenn er sich millionenfältig äußert, niemand trotzen.

Parteigenossen! Von Eurer Hingabe, von Eurem Geschick, von Eurer zähen Ausdauer hängt es in erster Linie ab, ob das deutsche Proletariat seiner Aufgabe gerecht wird, ob es gelingt, die zaudernden und schwankenden Führer seinem Willen gefügig zu machen oder aber sie hinwegzufegen.

Allüberall müssen sich die Arbeiter für folgende Mittel und Wege zur Durchführung der Mindestforderungen einsetzen:

1. Die Arbeiterparteien müssen gezwungen werden, in den Parlamenten die Mindestforderungen mit aller Energie zu vertreten und das Gesetz zum Schutz der Republik abzulehnen, sofern es nicht in allen Teilen den Berliner Forderungen entspricht.

2. Kommt ein solches Gesetz nicht zustande, so müssen die Parteien und Gewerkschaften, wenn notwendig durch Proklamierung des Generalstreiks, die Regierung zur Durchführung der Mindestforderungen zwingen.

3. Die Neuwahlen sind von allen drei Parteien mit Unterstützung der Gewerkschaften bei Wahrung der Agitationsfreiheit unter der Parole „Arbeiterregierung" zu führen.

4. In allen Orten haben die Arbeiter der drei Parteien Kontrollausschüsse zu bilden, die sich bezirksweise und über das ganze Reich zusammenschließen müssen. Von den Spitzenkörperschaften ist zu fordern, daß sie die Kontrollausschüsse in jeder Weise unterstützen.

Berlin, den 1[illegible]. Juli 1922.

Zentrale der KPD., Gewerkschaftsabteilung.

Die deutsche Reparationsnote.

Wir berichteten bereits gestern, daß die deutsche Regierung der in Paris tagenden Reparationskommission eine Note überreicht hat, in der sie ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt und um Stundung der Reparationsverpflichtungen bittet. Nachstehend bringen wir den Wortlaut der Note zum Abdruck, wie ihn WTB. verbreitet:

Der Vorsitzende der Kriegslastenkommission hat heute der Reparationskommission in Paris folgende Note der Reichsregierung überreicht:

Die deutsche Regierung hat bisher trotz schwerer wirtschaftlicher Bedenken, die sie bereits in der Note vom 28. Januar dieses Jahres dargelegt hat, diejenigen Zahlungen bewirkt, die in den Entscheidungen der Reparationskommission vom 13 Januar und vom 21. März d. J. festgesetzt worden waren. Inzwischen haben sich die Währungsverhältnisse weiter stark zu Ungunsten Deutschlands verändert. Im Mai 1921 war für die Erfüllung der fälligen Reparationsverpflichtung ein Kurs von 60 Papiermark für den Dollar zugrunde zu legen, während der Kurs des Dollars im März 1922 auf 285 und am 7. Juli auf 500 gestiegen ist. Geht man davon aus, daß von den Verpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 nach den damaligen Vereinbarungen ein Betrag von etwa zwei Milliarden Goldmark in Barleistungen gedeckt werden konnte, so hätte dieser Betrag, wenn es bei den damaligen Währungsverhältnissen verblieben wäre, eine innere Deckung von rund 28 Milliarden Papiermark erfordert. Zur Erfüllung der nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 auf 720 Millionen Goldmark ermäßigten Barleistungen wäre nach den Währungsverhältnissen vom März 1922 bereits ein Betrag von 51,4 Milliarden Papiermark erforderlich gewesen, der unter Berücksichtigung der jetzigen Währungsverhältnisse nunmehr

auf 90 Milliarden Papiermark gestiegen

ist. Zu dieser Summe treten die übrigen besonderen Verpflichtungen des Reichs aus der Erfüllung des Vertrages von Versailles mit insgesamt jährlich rund 600 Millionen Goldmark, d. h. 66 Milliarden Papiermark.

Müßte die deutsche Regierung unter diesen Umständen ausländische Zahlungsmittel für die ihr auf Grund des Vertrages von Versailles auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in einem Umfange beschaffen, der dem bisherigen sich nähert, so würde die gegenwärtige Verminderung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer weiteren Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen. Die deutsche Regierung sieht sich deshalb außerstande, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Leistung von Barzahlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 in Aussicht zu stellen. Die deutsche Regierung stellt daher im Hinblick auf Artikel 234 des Vertrages von Versailles den Antrag, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Kalenderjahres 1922 noch fällig werdenden Barzahlungen zu stunden.

Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Mark (Gold), welche im Hinblick auf frühere Leistungen anzurechnen sind. Den Restbetrag von etwa 33 Millionen hat die deutsche Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Ankäufe von Devisen hat bewirken können und weil im Monat Juli nach dem Stande der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgleichsverfahren nicht zu bewirken ist. Der genannte Betrag würde der deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu den heutigen Kursverhältnissen verschaffen, sobald sie die in den nächsten Monaten einzuziehenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Die deutsche Regierung muß auf diese Lage umsomehr hinweisen, als sie in den letzten Wochen zusammen mit der Reichsbank bedeutende Mittel verwendet hat, um den Sturz der Mark aufzuhalten. Unter diesen Umständen empfiehlt sich die deutsche Regierung, ihr den erwähnten Betrag zu erlassen. Bei dem ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage wird es für die deutsche Regierung nur dann möglich sein

das Gleichgewicht in den sozialen Verhältnissen

und in den Finanzen Deutschlands herzustellen, wenn sie die Unterstützung der Reparationskommission findet. Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Markkurses alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinaus reichen, und sie hält es daher für unerläßlich, daß Deutschland

auch für die Jahre 1923 und 1924 [illegible]

den Barzahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai [illegible] befreit wird. Die von der deutschen Regierung erbetene Entscheidung wird nur dann ihren Zweck erreichen, wenn darin auch die außerhalb der eigentlichen Reparationsverpflichtungen liegenden Lasten aus dem Vertrage von Versailles, soweit sie in fremden Zahlungsmitteln fällig werden, angemessene Berücksichtigung finden. Hierzu gehören insbesondere die Verpflichtungen der deutschen Regierung, die ihr durch die Ausführung des Abschnittes 4 zu Teil 10 des Vertrages von Versailles erwachsen. Auch für die Durchführung der Vereinbarungen, die am 10. Juli 1921 hinsichtlich der deutschen Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren getroffen worden sind, gelten die gleichen Gründe, die es der deutschen Regierung unmöglich machen, die aus der Entscheidung vom 21. März sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen auszuführen.

Die deutsche Regierung wird sich deshalb wegen einer anderweitigen Regelung dieser Ausgleichszahlungen an die beteiligten Regierungen wenden. Sie wird der Reparationskommission diesen Antrag alsbald mitteilen und sie wird auch ihrerseits den Antrag bei den betreffenden Regierungen zur Unterstützung unterbreiten.

Die Entwicklung des Markkurses in der letzten Zeit

die mit der Vertagung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Barzahlungen notwendig, da die Unterstützung durch eine äußere Anleihe nicht eingetreten ist. Die deutsche Regierung bittet daher, über einen Stundungsantrag mit größter Beschleunigung entscheiden zu wollen und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

Es ist bezeichnend, mit welcher Offenheit die Regierung zugibt, daß sie die Stundung der Reparationszahlungen braucht, um „das Gleichgewicht in den sozialen Verhältnissen" wieder herzustellen, um die deutschen Arbeiter von den Forderungen der letzten Wochen abzubringen.

Die Arbeiterschaft muß nur so wachsamer sein.

Es bleibt bei der halben Amnestie!

Verabschiedung der preußischen Schutzgesetze.

Die letzte Sitzung des Preußischen Landtages am Dienstag begann mit einem erfolgreichen Vorstoß der kommunistischen Fraktion zur Verbesserung der Vorschriften über die Zusammensetzung der Genossenschaftsversammlung für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf sah wiederum die Begünstigung des Großgrundbesitzes vor, indem er die Landwirtschaftskammern zu Wahlkörpern machte. Nach dem vom Genossen Schulz (Neukölln) begründeten kommunistischen Antrag, für den alle drei gerade in der Mehrheit befindlichen Arbeiterfraktionen stimmten, werden die Vertreter zur Genossenschaftsversammlung für die Unfallversicherung entsprechend dem Stärkeverhältnis auf die Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau und Gärtnerei bestimmt.

Leider war die bürgerliche Mehrheit des Landtags wiederhergestellt, als nach debatteloser Annahme des Schutzpolizeigesetzes die dritte Beratung, sowie die Schlußabstimmung über die Amnestie- und Schutzgesetze herankamen. Und da auch diesmal die Sozialdemokraten nicht zu bewegen waren, für die weitgehenderen kommunistischen Anträge zur Verbesserung zu stimmen, bleibt es leider in Preußen bei der halben Amnestie. Die Zuchthäuser der Republik bleiben verschlossen. Es ist ein Jammer — dieses klägliche Ergebnis einer so starken Bewegung der [illegible] Massen für die Befreiung aller politischen Kämpfer aus den Mauern der Klassenjustiz. Nicht nur [illegible] der Entrüstung in den Kreisen der Zuchthausopfer, die weiter in Ungewißheit schmachten müssen, sondern auch für das Gesamtproletariat, das hoffentlich durch diesen parlamentarischen Mißerfolg zur Verdoppelung seiner politischen Energien [illegible] werden wird.

Die Deutschnationalen [illegible] noch einmal [illegible] gegen die „Ausnahmegesetze" erheben. Der Abg. v. d. Osten meinte, die Gesetze bedeuten einen Bruch mit der Weimarer Verfassung, die Deutschnationalen [illegible] das Recht, die Verbindung seiner Partei mit den Rathenau-Mördern sei nicht bewiesen. Er heißt sogar die Deutlichkeit, Bebel zu zitieren. [illegible] nationale Wortführer aber ersichtlich selbst nicht ernst genommen, denn er sprach noch nie so verlegen wie diesmal.

Die Ablehnung der Verantwortung durch die Mörderpartei veranlaßte Severing zur Bekanntgabe einiger interessanter Beweisstücke aus der Untersuchung in Sachen der Mordverschwörungen. In Königsberg sei der Brief eines deutschnationalen Mannes beschlagnahmt worden, der jetzt am „Deutschen Tageblatt" des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Wulle tätig sei. Darin wird gesagt,

> „man müsse eine Erhebung wie 1813 vorbereiten, Foch müsse in Berlin einziehen, dann gebe es eine Bartholomäusnacht, dann würde man Waffen in die Hände bekommen und das wäre die Hauptsache".

Weiter sei bei einem verhafteten Deutschnationalen ein Rundschreiben über die Gründung von „Invalidenvereinen" gefunden worden, in dem es heißt:

> „Die Hauptaufgabe dieser Invalidenvereine sei die Werbung für Ortsgruppen, die militärisch ausgerüstet, nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren kämpfen würden."

Für die Unabhängigen sprach kurz Rabold, für die Sozialdemokraten Heilmann.

Genosse Schumann:

Wenn der Abgeordnete v. d. Osten hier noch so dreist auftreten, der Regierung Vorwürfe machen und den hundertmal totgeschlagenen frechen Schwindel über kommunistische Gewalttaten in Mitteldeutschland wieder vorbringen kann, so ist das ein Beweis dafür, daß von der Regierung gegen die Reaktion bisher viel zu wenig geschehen ist. Aber wenn er von den mitteldeutschen Kämpfen gesprochen hat und darüber jammert, daß heute gegen die Rechtskreise zu scharf vorgegangen würde, während man die Kommunisten nicht scharf angefaßt hätte, so will ich ihn daran erinnern, daß im vorigen Jahre über Mitteldeutschland fünf Monate lang der Belagerungszustand verhängt war, und daß Ausnahmegerichte in Kraft traten, daß viele Tausende von Arbeitern ohne Voruntersuchung, ohne schriftliche Anklage, ohne Beweisaufnahme, ohne Verteidigung zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Und was ist gegen die Kapp-Rebellen unternommen worden? (Sehr gut! links.)

Was der Minister über Ostpreußen vorgetragen hat, ist von der „Roten Fahne des Ostens" bereits im Dezember 1919 veröffentlicht worden. So lastet auch die Schuld für Organisierung der Verschwörerbanden bis zum Mord an Rathenau auf der Regierung. Und was soll wieder das Entgegenkommen des Ministers an die Rechte, wenn er spricht von Mörderbanden, ob sie rechts sind oder links oder in der Mitte? Wo sind denn Mörderbanden links oder in der Mitte, Mörderbanden, die monatelang kalten Blutes Mordtaten vorbereiten? Wo ist denn die Partei, die mit riesigen Geldmitteln die nationalistischen Mörderbanden unterstützt? Doch nur auf der Rechten, die Deutschnationale Volkspartei.

> Die Ausführungen des Ministers machten den Eindruck, als ob er die unzulänglichen Maßnahmen gegen die Deutschnationalen von vornherein beschönigen wollte.

(Sehr gut! links.)

Was geschieht gegen die fortgesetzte Hetz- und Wühlarbeit in der Presse, insbesondere der sogenannten Kreisblätter? Die Landräte scheinen auch nicht zu wissen, was in dieser Zeit ihre Aufgabe wäre. Zum Beispiel hat der sozialdemokratische Landrat von Niederbarnim — Schlemminger heißt er — einen Aufruf veröffentlicht, in dem „vor einem gewissen Unfried von der KPD., Abt. Land, gewarnt wird, der die Landarbeiter dadurch aufhetze, daß er von der komm. Jugend Flugblätter unter die Landarbeiter bringt." So etwas ist einfach unerhört. Ich meine, die Landräte, namentlich die sozialdemokratischen, sollten auf Waffenschmuggel und andere Vorbereitungen der monarchistischen Konterrevolution achten, nicht aber die Angehörigen anderer Arbeiterparteien denunzieren. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Man braucht kein Kommunist zu sein, um zu erkennen, daß die monarchistischen Richter bei der Aburteilung der Arbeiter Mitteldeutschlands die ungeheuren Zuchthausurteile wegen Sprengstoffvergehens, wegen Plünderungen, wegen Erpressungen usw. [illegible]

[illegible] diese unsere angenommen werden sollen [illegible]

[illegible] zu [illegible] nur auf Grund [illegible] [illegible] eigenen [illegible].

(Hört, hört! bei den Komm.) [illegible] in Mitteldeutschland [illegible] [illegible] durch die [illegible] das [illegible] Gewerkschaftskongreß in Leipzig [illegible] [illegible], daß alle politischen [illegible], die der Arbeiterklasse angehören, amnestiert und [illegible] Ausnahmen gemacht werden sollen. Hat die Regierung nicht einmal vor dieser großen wirtschaftlichen Organisation, die die Arbeiter aller Parteien umfaßt, Respekt? Die Not der Opfer wird immer größer. Die Gefängnisverwaltungen werden gegen sie immer rücksichtsloser. Neuerdings ist in allen preußischen Strafanstalten die Einführung von Lebensmittelpaketen verboten worden. (Hört, hört! bei den Komm.) Die Amnestierung der Eisenbahner muß ebenfalls unbedingt in das Gesetz hinein. Wenn im Reichstage behauptet wurde, der Eisenbahnerkampf sei ein Kampf gegen die Republik gewesen, so ist das Schwindel. Keine einzige der Forderungen der Eisenbahner hatte den geringsten politischen Anklang, alle Forderungen waren rein wirtschaftlicher Art. (Sehr richtig! bei den Komm.) Sogar der Deutsche Beamtenbund verwahrt sich gegen die Ausnahme der verurteilten Eisenbahner von der Amnestie. Sehr richtig wird in einem Beschluß des Provinzialkartells Hannover dieser Organisation bemerkt, „daß die Regierung am Ausbruch des Eisenbahnerstreiks den größten Teil der Schuld selber trägt".

Ohne die Annahme unserer Anträge wird das Amnestiegesetz eine Unzulänglichkeit bleiben, für deren Erweiterung die Arbeiterschaft kämpfen muß, wenn das Parlament versagt, um das gegen die revolutionären Kämpfer verübte Unrecht wieder gutzumachen. Und die Schutzgesetze werden nur dann greifbare Erfolge im Kampf gegen die monarchistische Reaktion zeitigen, wenn sie unseren Anträgen entsprechend verschärft werden. (Lebhafter Beifall links.)

Bei den nun folgenden Abstimmungen wurden durchweg die Beschlüsse zweiter Lesung erneuert. Den Antrag auf Wiederherstellung des § 8, Amnestierung auch der Eisenbahner, wurde von der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Der Haß der kapitalistischen Gesellschaft gegen die tapferen Eisenbahnbeamten ist heute noch so stark, daß sie selbst einen von der SPD. eingebrachten Antrag ablehnte, der dem Staatsministerium das Recht gibt, verurteilte Eisenbahner nach Prüfung des Falles einzeln zu amnestieren.

Beim § 4, der die gehässigen Zuchthausurteile der Klassenrichter von der Amnestie ausnimmt, sprach noch einmal Genosse Katz. Er forderte den Landtag auf, endlich das Unrecht wieder gutzumachen, das die Gerichte gegen diejenigen verübt habe, die die Republik in der Revolution geschaffen haben. Auch diese letzte Mahnung an das Gewissen der demokratischen Republikaner blieb wirkungslos.

Die Schlußabstimmung über das Amnestiegesetz war namentlich. Von 345 Abgeordneten stimmten 59 (Deutschnationale) mit Nein, 285 (einschließlich Kommunisten) mit Ja. Die Gründe für die Zustimmung unserer Fraktion wurden vom Genossen Katz in einer Erklärung dargelegt.

Aehnliche Stimmenverhältnisse ergaben sich bei den Disziplinargesetzen: 263 Ja, 97 Nein. Die kommunistische Fraktion mußte diese Gesetze ablehnen, da sie ihrem Wortlaut nach offenkundig auch gegen linksgerichtete Beamte angewendet werden sollten. Und die kommunistischen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in den Behörden werden heute schon genug schikaniert.

Die Anträge der Parteien betr. die Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern, sowie von Unterstützungsempfängern, die nicht zu den Sozial- und Kleinrentnern gehören, wurden im Sinne der Ausschußbeschlüsse erledigt, ebenso die Anträge auf Neuregelung der Besoldung der Kassenangestellten. Der Teuerung entsprechend wurden die Diätenzuschläge um 3000 Mark monatlich erhöht.

Zu einer lebhaften Debatte führte noch die dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinz

Oberschlesien

und über vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum oberschlesischen Abstimmungsgebiet gehörigen Kommunalverbänden. Der Präsident Leinert hatte schon wieder einmal das Bedürfnis zur Veranstaltung einer nationalistischen Komödie und er schickte der Beratung der Anträge den bekannten „Protest gegen das Unrecht der Vergewaltigung" voraus und die „Hoffnung, daß Oberschlesien doch wieder für Preußen zurückerobert würde. In ähnlichen Phrasen ergingen sich auch die Redner der Parteien. Nur der Unabhängige Lichtenstein machte davon eine Ausnahme, sowie unser Genosse Schulz (Neukölln), der die Kulturschmach der neupreußischen Herrschaft (in den Selbstschutzverbänden) dem nationalistischen Phrasenschleim gegenüberstellte.

Wiederaufnahme der Verhandlungen am 27. September.

Schlesische Rundschau.

Ein Sozialdemokrat.

Im „Freiburger Boten", eines jener „unpolitischen" oder „parteilosen" Wurstblättchen der Bourgeoisie, deren es zur Verdummung der Landbevölkerung und zur Unterhaltung der Spießbürger in jedem kleineren Städtchen eines gibt, war kürzlich folgende Notiz zu finden:

An die verkehrte Adresse geraten.

In einem Düsseldorfer sozialdemokratischen Parteibüro erschienen zwei französische Offiziere in Zivil, um den Leiter des Büros zu bitten, ihnen bei der Ermittelung von deutschen Offiziervereinen in Düsseldorf behilflich zu sein und ihnen die nötigen Unterlagen zu einem Vorgehen gegen einzelne Offiziere zu verschaffen. Die Besatzungsbehörde handele in ihrem Vorgehen gegen die Offiziervereine im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, da die Offiziervereine die Stützen der deutschen Gegenrevolution seien. Der betreffende Sozialdemokrat hat aber den beiden Franzosen die entsprechende Antwort als Deutscher gegeben und ihnen die Tür gewiesen. (Recht so!)

Ob die zwei französischen Offiziere in Zivil wirklich Franzosen waren, wollen wir nicht untersuchen. Jedenfalls waren sie dann nicht so dumm, daß sie sich als Vertreter der Besatzungsbehörden vorstellten. Doch zweifelsohne hätte es — selbst wenn sie Franzosen waren — im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gelegen, wenn sie dem Treiben der deutschen Offizierskanaille etwas Achtung geschenkt hätten.

Für den Sozialdemokraten im Düsseldorfer Parteibüro kommt das aber nicht in Frage. Ehe er Arbeiter oder gar „Arbeitervertreter" ist, ist er ein Deutscher! Und er hat „den beiden Franzosen die entsprechende Antwort als Deutscher (!!!) gegeben.

Recht so, grunzt mit dem „Freiburger Boten" die ganze deutsche Bourgeoisie.

Aus der Versammlungstätigkeit.

Breslau.

Die Ortsgruppe Breslau hatte zum Mittwoch, den 12. Juli eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Genosse Gräf über „das Berliner Abkommen und den Arbeiter" sprach. Die Versammlung, die in den „Zentral-Hallsälen" stattfand, war [illegible] gut besucht und stellte in jeder Hinsicht einen Fortschritt [illegible] dar.

Der Genosse Gräf zeichnete in seinem Referat die Entwicklung des Einheitsfrontgedankens seit dem Kapp-Putsch. Immer wieder verstanden es die Führer der SPD., USPD., des ADGB. und der Afa die Einheitsfront zu stören, die Kommunisten zu verleumden, um dadurch die Massen gegen sie zu hetzen. Jedesmal wenn die Einheitsfront sich bildete, wurde sie stärker und mächtiger. Das hat der Mord an Rathenau bewiesen, nach dem unter dem Drucke der Massenempörung die Einheitsfront erstand.

Nachdem der Referent noch eingehend die gesamte Situation, insbesondere das Versagen der Führer der SPD. und USPD. gekennzeichnet und nachdem er aufgezeigt hatte, wie gerade USPD. und SPD. das Berliner Abkommen gebrochen haben, bei der Beratung des Amnestiegesetzes und des Gesetzes zum Schutze der Republik, ferner, wie Radbruch und Severing versprechen, das Gesetz auch gegen die Arbeiter anzuwenden, ging er auf die Verleumdungen ein, die man jetzt gegen die Kommunisten richtet: „Die Kommunisten haben das Berliner Abkommen gebrochen." Er bewies der Versammlung, daß wir nach wie vor auf dem Boden des Berliner Abkommens stehen und nicht darüber hinausgehen werden.

Die Führer der SPD. sollen zeigen, daß sie bereit sind, mit allen Mitteln, wie sie sich verpflichteten, ihre eigenen Forderungen durchzuführen.

Wenn sie es nicht tun, dann müssen die Arbeitermassen sprechen. In allen Orten müssen Kontrollausschüsse gebildet werden, die werden mehr erreichen als die Schupo usw. Für die Arbeiterklasse gilt heute die Parole:

„Reichstagsauflösung, Arbeiterregierung, Einheitsfront trotz alledem."

Reicher Beifall lohnte den Redner. Aus der sehr lebhaften Diskussion, in der sich alle für die Ausführungen des Referenten erklärten, sind die Worte eines SPD.-Arbeiters Tscherner beachtenswert. Er schilderte in rücksichtsloser Weise die SPD.-Politik. Seine Worte klangen aus: Wenn die Führer mit den bürgerlichen Parteien handeln und verhandeln, dann sind es keine Führer mehr.

Großen Beifall erntete auch der Genosse Flieher von der KJ, der aufzeigte, daß in der Arbeiter-Jugend derselbe Geist und dieselbe Politik wie in der SPD. herrsche.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Gräf schloß die sehr interessante Versammlung unter dem Gesang der Internationale.

Der Jugend gehört die Zukunft!

[illegible] die jungen Arbeiter!

[illegible] der kommunistischen Jugend [illegible] am Sonntag in Freiburg für die Forderungen des revolutionären Jungproletariats demonstrieren. Ein

Kreisjugendtag

der Kommunistischen Jugend des Kreises Waldenburg ruft die jungen Klassenkämpfer am Sonntag nach Freiburg. Aus allen Teilen des Kreises Waldenburg und auch aus anderen Kreisen werden junge Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag nach Freiburg kommen.

Sie werden kommen, um gemeinsam in einer Demonstration zu zeigen, daß sie wissen, welch große Verantwortung auf ihnen liegt, welch große historische Aufgabe sie zu erfüllen haben!

Mögen die Spießbürger spotten über die Milchgesichter und Grünschnäbel, die „politisch Anreden" wollen, mögen sie spotten über die Schar junger Burschen und Mädchen mit eingefallenen blassen Wangen.

Mögen die „erfahrenen" und „ergrauten" Führer der Sozialdemokratie, bei denen nicht nur Bart und Antlitz, sondern auch der Geist greisenhaft ist, erhaben lächeln über diese „unerfahrenen" und „voreiligen" jungen Leute,

Die jungen Kommunisten gehen ihren Weg.

Sie, die von frühester Jugend an Hunger gelitten haben, deren Schulmeister die Not war, die im grauesten proletarischen Elend groß gewachsen sind, sie kennen ihren Feind. Sie hassen ihn aus tiefster Seele! Und dieser Haß wird täglich, stündlich geschürt, wenn der junge Prolet, tief unter der Erde schwitzend, schuftet, wenn das Arbeitermädel bei rasselnden Maschinen verblüht.

Kein blinder Haß ist es.

Heiliger Haß

den die Arbeiterjugend empfindet gegen ihre Peiniger, für die sie ihre Jugend, die beste Zeit des Lebens, opfern muß. Dieser Haß glüht in den jungen Proletarierherzen! Er formt sich zu Kampfeswillen, zu Todesmut.

Und die moderne Ausbeutungsart der Tyrannen lehrt den jungen Kämpfern die Waffen zu ihrer Befreiung schmieden. Die wahnwitzige Gewinnschneiderei der Kapitalisten, ihr herausforderndes Schlemmer- und Faulenzerleben lehrt der arbeitenden Jugend die Grundbegriffe des revolutionären Klassenkampfes. Es lehrt den Jungproletariern, daß **die Arbeit allein das Getriebe der Welt im Gang hält und daß nur die Arbeiter selbst die Macht haben, sich zu befreien.**

Deshalb singen diese Jungen trotzig:

Es rettet uns kein höhres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun!

[illegible] Philister sind das! Sie verstehen nicht die Jugend der neuen Zeit!

Die Jugend aber weiß, was sie will. Die proletarische revolutionäre Jugend weiß, daß sie die rote Armee von morgen und die Trägerin der Gesellschaft von übermorgen ist!

Darum wird sie am Sonntag demonstrieren! Sie wird den höhnisch grinsenden oder ängstlich [illegible] Philistern die schwieligen Fäuste zeigen, daß ihnen nicht wohl sein wird.

Die proletarische Jugend wird am Sonntag all denen, die noch immer nicht begriffen haben, welch revolutionäre Kraft die Jugend besitzt, erneut zeigen, daß in ihr der herrschenden Klasse ein erbitterter Feind, dem Proletariat aber

eine mutige und entschlossene Kampftruppe

heranwächst.

Die Jugend wird am Sonntag auch — mögen die Philister wieder spotten — jung und fröhlich sein. Sport, Spiel und Tanz, alles wird diese lebenslustige junge Schar betreiben, wenn sie den Spießern ihren Kampfeswillen gezeigt hat.

Der Nachmittag des Jugendtages wird ausgefüllt sein mit allerlei Spielen verschiedenster Art. Die jungen Kommunisten werden sich gemeinsam des Sportes erfreuen, werden sich mit Rezitationen und Theater-Vorführungen unterhalten. —

Alle die Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die stolz auf die junge Garde des Proletariats sind, sie werden am Sonntag mit nach Freiburg kommen, werden teilnehmen am Tag der Waldenburger jungen Kommunisten.

Und alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit gegen ihre Ausbeuter kämpfen, die sich den jungen Kämpfern angliedern wollen, sie kommen am Sonntag auch nach Freiburg. Sie nehmen teil am Demonstrationszug, bekunden mit den Willen, treu

im proletarischen Freiheitskrieg

zu kämpfen.

Die gesamte revolutionäre Jugend Waldenburgs sammelt sich am Sonntag unter blutroten Fahnen, unter dem Sowjetstern. Sie wird eingedenk des heldenmütigen Kampfes unserer russischen Brüder den Schwur leisten, den jene in harten Kämpfen gehalten haben:

Kämpfende Jugend erschreckt nicht der Tod!

Gewerkschafts-Bewegung.

14. ordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter in Deutschland.

Der 14. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wurde am Montag, den 10. Juli d. J., in Frankfurt a. M. eröffnet. 192 stimmberechtigte Delegierte, einschließlich des Mitgliedervorstandes, 29 Gau- und Agitationsleiter sind anwesend.

Der Fabrikarbeiterverband als zweitstärkste der dem A. D. G. B. angeschlossene Organisation, hat im Jahre 1921 seine Mitgliederzahl um 37 061 auf 681 971 erhöht.

Nach der am Sonntag stattgefundenen Begrüßung heben wir nur eine Äußerung hervor von Ottenbacher-Wien. Er sagte, daß alle Welt die freien Gewerkschaften in Österreich bewundere, die von 6 Millionen Einwohner, 1,1 Millionen in den freien Gewerkschaften erfaßt haben. Entsprechend dieser mustergültigen Organisation sei auch die mustergültige Gesetzgebung in der österreichischen Republik. (!) Es sprachen noch ein Vertreter des internationalen Sekretariats der Fabrikarbeiter (Amsterdam) ein Vertreter Skandinaviens, Hollands und Belgiens.

Den Geschäftsbericht erstattete der 1. Vorsitzende Brey-Hannover. Schon in seiner Begrüßungsrede brachte Brey seine und des Vorstandes Anschauung zum Ausdruck, als er sagte, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei, den Kapitalismus mit allen Mitteln wieder auf die alte Höhe, und wenn möglich noch höher zu bringen, um so die Voraussetzung für ein reibungsloses Überleiten des Kapitalismus in den Sozialismus zu schaffen.

Dem Rufen nach verschärften Klassenkampf entgegnete der Vorstand, daß die Beseitigung der Lohnarbeit die Teilhaftigkeit aller an der Kultur, die Eroberung des Sozialismus, über die Kraft der einzelnen Organisationen hinausgeht, daß der Fabrikarbeiterverband aber an einer organisatorischen Entwicklung in diesem Sinne mitarbeite, um so die geistige und kulturelle Einstellung der Mehrheit des Volkes herbeizuführen, die notwendig ist, zur Verwirklichung unserer Ziele. An der Tatsache, daß der Verband 1920, 1921 und im ersten Quartal 1922 zirka 50 Millionen für Streikunterstützung schon gezahlt habe, bei Teilkämpfen, müßte man erkennen, daß der Ruf nach einheitlichen Kämpfen, insbesondere in der chemischen Industrie, nicht befolgt werden könne.

In der Debatte

kritisierte Genosse Koch, Fürth, die Haltung des Vorstandes bei Frage der 10 Punkte. Gerade der Fabrikarbeiterverband habe als zweitstärkste Organisation die Möglichkeit gehabt, einen gewaltigen Einfluß auf den A. D. G. B. auszuüben. Die übergroße Mehrheit der Kollegen im Betriebe, habe in der Aufstellung der 10 Punkte nicht nur ein Schreckensgespenst gegenüber dem sich immer frecher gebärdenden Kapitalismus gesehen, sondern etwas was als Etapp zur Erreichung des Sozialismus unmittelbar erkämpft werden mußte. Die Arbeitsgemeinschaft sei mit der größte Hemmschuh bei der Erreichung besserer Lebensbedingungen. Schlage der Verband und der Vorstand von selbst keine andere Taktik ein, so werde sie der „Aufbauende" Kapitalismus hierzu zwingen.

Kollege Kimmich-Möggeln betont, daß die Zahl und der Inhalt der vielen Anträge, die eine Umstellung der Tätigkeit des Verbandes fordern, nicht auf die Inspirationen linksgerichteter Kreise allein zurückzuführen sei. Im Gegenteil beweisen die Anträge, daß die Masse der Mitglieder etwas anderes erwarte als das, was Brey als das Allheilmittel gewerkschaftlicher Betätigung gepriesen habe. Die Masse des Proletariats kann und darf sich nicht bei ihrem Willen zum Kampf hemmen lassen, durch Kälte und Schnee, wie Brey es angibt, sondern muß kämpfen, wenn die Zeit gegeben ist.

Genosse Köcher-Ludwigshafen (B. A. S. F.) stellt fest, daß die von Brey angeführten Millionenzahlen erreichter Lohnerhöhungen nicht die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß

der Reallohn ganz ungeheuer gesunken

ist. Der Vorstand habe den Bestrebungen des Arbeiterrates der Anelin- und Sodafabrik, diesen Zustand etwas zu beseitigen durch Vorarbeiten für Zusammenfassung der Lohnkämpfe, insbesondere der Arbeiter in der Interessengemeinschaft des Anelinkonzerns den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Gerade in der Chemischen Industrie sei dies aber bei der Trustbildung der Unternehmer von der größten Bedeutung.

Daß die Mitgliedschaft bereit ist, zur Durchführung wirklich revolutionärer Gewerkschaftsarbeit und geschlossener Kämpfe [illegible] [illegible] Genosse [illegible] [illegible]

[illegible]

(Die Sitzung wird vertagt.)

Breslau.

Lokales.

Zum Schutze der Republik.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Am Mittwoch abend zog eine Gruppe von etwa 80 Jugendlichen, die Internationale singend, vom Königsplatz durch die Neuschestraße zum Ringe. Die Jugendlichen kamen aus der in den „Zentralhallsälen" stattgefundenen Versammlung der KPD. Plötzlich tauchten aus dem Dunkel der Straße zwei Schupobeamte auf, verlangten Ruhe und Auflösung des Zuges. Dabei ging es natürlich nicht gemütlich zu. Man verhaftete schließlich einen Jugendlichen und schleppte ihn zur Wache auf dem Ringe.

Soweit der Bericht. Wir wissen aber noch mehr! Man hat seinen vorgesetzten Stellen berichtet, „daß die kommunistische Jugend demonstriert", „etwa 80 bis 100 Personen", daß es „nötig ist, Vorkehrungen zu treffen, daß sich diese Demonstrationen an anderen Stellen nicht wiederholen". — Man alarmierte alle verfügbaren Bereitschaften der Schupo; alles um die Republik — zu schützen!

Hu! 80—100 Jugendliche, die Internationale singend — nächtliche Notpfiffe der Schupo — Bereitschaften durchziehen die Straßen — der Staat — die Republik ist in Gefahr. Hu! Der Spießer schaudert, und doch ist er zufrieden. Dem roten Gesindel muß das Maul gestopft werden.

Wenn es besoffene deutschnationale Studenten waren, die Wilhelm hochleben ließen oder Deutschland, Deutschland über alles gesungen hätten! — Ja, Bauer, das wäre was anderes. Man hätte nichts gehört und nichts gesehen, oder extra die weißen Handschuhe angezogen und sie nach Hause gebracht.

Achtung! Sämtliche Kommunistische Bauarbeiter treffen sich Sonntag, den 16. Juli, vormittag 10 Uhr, im Parteibüro zu einer sehr wichtigen Besprechung.

Dittersbach.

Achtung! Genossen und Genossinnen! Wir bringen Euch hiermit zur Kenntnis, daß die für Sonntag, den 16. Juli bekanntgemachte Mitgliederversammlung ausfällt. Wir wollen es hiermit denjenigen Genossen, die am Kreisjugendtage in Freiburg gern mitgemacht hätten, ermöglichen, recht zahlreich daran teilzunehmen. Antreten um 4 Uhr früh, am Sonntag, den 16. Juli beim Tiefbau. — Wir weisen aber an dieser Stelle gleich darauf hin, daß am Sonntag, den 23. Juli, abends 6 Uhr, im Gasthaus zur Burg eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Wir erwarten heute schon, daß an diesem Tage alles vertreten ist. Angesichts der gespannten, politischen wie gewerkschaftlichen Situation, kann es im Interesse unserer Partei nicht mehr geduldet werden, daß manche Genossen nur selten ihre Parteiversammlung besuchen. Wir hoffen, daß dieser Apell genügen möge, damit am 23. Juli alles zur Stelle ist. Zwei Stunden vorher, also um 4 Uhr, Funktionärsitzung.

Die Ortsgruppenleitung.

Nieder-Altwasser.

Freireligiöse Gemeinde. In der am 9. Juli im „Eisernen Kreuz" stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Dirreiter in ausführlichster Weise über das Thema: „Feuerbestattung". Der Referent parallelisierte die Feuerbestattung mit der Erdbestattung und konnte die Anwesenden leicht von dem Fortschritt in dieser Beziehung überzeugen. Man kann behaupten, daß, wenn sich die Erkenntnis erst einmal Bahn gebrochen haben wird, es auch bei uns in Nieder-Schlesien mit Riesenschritten vorwärts geht. Diese Behauptung beweist am deutlichsten der starke Besuch der Versammlung, der reiche Beifall und die 30 Neuaufnahmen, die nach dem Referat zu verzeichnen

[illegible]

„Die Junge Garde"

ist bei jedem Mitglied der kommunistischen Jugend zu haben oder direkt zu bestellen beim Verlag „Junge Garde" Berlin C 2, Stralauer Straße 12

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Fußballsport.

Spiele am Sonntag, den 16. Juli.

5 Uhr Bezirksrepräsentative — V. f. B. I, Eichenpark.
5 „ Sparta II — Süd II in Gandau.
8 „ „ III — V. f. B. III in Gandau.
8³⁰ „ Süd II Jgd. — Sparta II Jgd. in Gandau.
9 „ Sparta I Jgd. — Möwe I Jgd. Kürassierplatz.
8 „ Möwe I — Fr. Sch. Tschechnitz I in Tschechnitz.
1 „ Süd I Jgd. — Fr. Tsch. Tschechnitz I Jgd. in Tschechnitz.

Zu dem Spiel der Repräsentative gegen V. f. B. stellt West die Ferieys. V. f. B. hat für Platzbau zu sorgen und die Bälle zu stellen. Schiedsrichter ist Sportsgenosse Stöbe (Sparta). Nach diesem Spiel finden sich sämtliche Spieler der Repräsentative zur Entgegennahme der nötigen Instruktionen für Leipzig in der Reviera, Eichenparkstraße ein. Für den A. S. V. „Eichenlaub" ist bis einschließlich 13. August anläßlich des Todes des Sportgenossen Stephan Spielverbot verhängt.

Ich erinnere die Vereine nochmals, daß bis zum 30. Juli die Mannschaften gemeldet werden müssen. Vereine, die den

[illegible]

An unsere Romanleser!

Wegen Materialandrang mußten wir heute die Fortsetzung des Romans „Der Tempel" auslassen. Die Fortsetzung 8 kommt also erst Montag zum Abdruck.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesien).

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto Breslau 588 64, Alfred Oelßner.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50 Josef König.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langestr. Nr. 14. F. Melzer.

Langenbielau. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9 Uhr, Kreisleitungssitzung von Langenbielau, Peterswaldau und Reichenbach in Peterswaldau, Gasthaus Kette, am Bahnhof Ober-Peterswaldau. Alle Delegierte müssen erscheinen, auch die der FAK. und KA.

Langenbielau. Montag, den 17. Juli, abends ½8 Uhr in Dinters Saal, öffentliche Volksversammlung. Thema: Die Berliner Forderungen und die KPD. Referent: Genosse Melzer, Gottesberg. Genossen und Genossinnen sorgt für Massenbesuch.

Altwasser. Montag, den 17. Juli, abends 6 Uhr, wichtige Funktionärsitzung. Zu erscheinen haben sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie Betriebsräte. Evtl. Mittagschichter haben später zu erscheinen.

Nieder-Altwasser. Bergarbeiterverband. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9 Uhr Zahlstellenversammlung, im Ernestinenhof. Jeder Kamerad wird ersucht, zu erscheinen.

Weißstein. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9 Uhr, Deutsches Haus, öffentliche Versammlung, Genosse Melzer spricht über: Das Berliner Abkommen und die Arbeiter. Erscheint in Massen. Abends 7 Uhr ebenda Mitgliederversammlung.

Ober-Hermsdorf. Sonntag, den 16. Juli, vormittag 9 Uhr, findet in der „Guten Laune", Ober-Hermsdorf für das obere Revier die Kreisleitungssitzung bestimmt statt. Zweck: Konstituirung der Kreisleitung. Alle Delegierten haben pünktlich zu erscheinen.

Ober-Hermsdorf. Donnerstag, den 20. Juli, nachm. 4 Uhr, Diskutierabend, bei Elter. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Peterswaldau. Montag, den 17. Juli, abends 7½ Uhr, im Lokal von Petrausch, öffentliche Versammlung, Genosse Gröf spricht über: „Das Berliner Abkommen und die Kommunisten. Massenbesuch erwartet.

Matt Fleisch-Teigwaren

Makkaroni, Nudeln oder Hörnle, vollwertiger Ersatz für Fleisch, dabei um vieles billiger. Bekömmlich für Gesunde und Kranke.

Verantwortl. Redakt.: Max Zschocher; Inserate: Joh. Hartsch. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Püffel & Wanigel, sämtlich in Breslau.

Die allerbilligsten **Anzüge Raglans gestr. Hosen** kaufen Sie am besten direkt aus der Werkstatt im Herren-Bekleidungshaus **Nikolaistr. 40** am Königsplatz Inh. Herm. Parietzke

Monopol-Trinkbranntweine

Gut Preiswert Rein

Leere Monopol-Flaschen wenn unbeschädigt u. nicht verunreinigt werden **jetzt** zu **7 Mark** durch die Verkaufsstellen v. Publikum zurückgenommen

Groß-Vertrieb für Bezirk **Breslau**

Monopolbranntwein-Vertriebsges. m. b. H. **„Mobra"**

Ofenerstrasse 98. - Telephon Ring 11747.

Messow Waldschmidt

Büro- u. Schreibwaren

Briefordner mit Hebel und Register	Stück	48.00
Schnellhefter	„	5.25
Brieflocher, 8 cm	„	12.50
Aktendeckel	„	1.45
Briefkörbe	„	20.50
Löschkarton, große Bogen	„	2.45
100 Stück gummierte Hanfkuverts	„	12.50
Schreibblocks, enthaltend 50 Blatt karriertes Briefpapier	Block	6.95
Kohlenpapier	Blatt	0.75
Schreibmaschinengummi	Stück	1.45
Klebepapier	Rolle	0.95
100 Stück Anhänger-Ketten		4.50
100 Stück Büronadeln		3.95
Stempelkissen	Stück	6.00
Papierpfeil	„	0.75
Schwammdosen	„	16.50
Reißtinte, ½ Literflasche		4.50
Abreißblocks	Stück	0.75
Schiefertampel	„	8.95
1 Posten Radiergummi durchweg	Stück	10.75

Mittwoch, den 12. Juli 1922 starb meine Frau

Marie Scharf
geb. Scholz

an einem Herzleiden im Krankenhause der Elisabethinerinnen, Gräbschener Str. 105.

Beerdigung Sonnabend 2 Uhr von da aus.

Scharf, Gräbschenerstrasse.

200%

ein Paar Damensohlen m. Abs. v. 30.— Mk. an
ein Paar Herrensohlen m. Abs. v. 35.— Mk. an
Kindersohlen schon von 15.— Mk. an

verkaufe ich zu Grossistenpreisen direkt an Privatleute. Nur allerbeste Lohgerberkernsohlen kommen zum Versand. Grosse Auswahl in billigen Gummisohlen und Gummi-Absätzen. Umtausch gestattet. Verlangen Sie gratis Preisliste gegen Rückporto.

CHRISTIAN W. ANDERSEN, Generalvertreter, **Flensburg, Grossestraße 13.**

Schall-platten u. Sprechapparate in großer Auswahl **50 Mk.** **H. Liedecke,** Stockgasse 3.

Anzüge eigener Anfert., grosse Auswahl, staunend billig **Winkler,** Adalbertstr. 16.

Jeder einzelne **Anzug** aus Schneiderei mit gutem Stoff und Zutaten nach Maß **Schubert**

Nähmaschinen für Familie, Handwerk u. Industrie in großer Auswahl empfiehlt **Alfred Schlesinger, Schmiedebrücke 29a** Spezialhaus für Nähmaschinen. Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen.

Genossen! Kauft nur bei unseren Inserenten!

Gas, Wasser, elektrischer Strom.

Die Lieferungsbedingungen erhalten folgenden Nachtrag:

„Die Gebühr für die Einziehung eines rückständigen Rechnungsbetrages wird auf 10 Mark für jeden Einziehungsversuch erhöht.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Städtische Betriebsdeputation.

Fr. Berthel, Breslau I, Schuhbrücke 67.

Staat und Revolution Von Lenin Preis 5,00 M.

Die Krise der Sozialdemokratie Von Rosa Luxemburg Preis 5,50 M.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Abt. Buchhandlung.

Die Einheitsfront im Kampf gegen die Reaktion

kann nur hergestellt werden, wenn die SPD.- und USP.-Arbeiter die ungeheure Gefahr erkennen, die ihnen von der **Orgesch** und den geheimen Mordorganisationen droht.

Hierüber enthält äusserst wichtiges Material

Wider den weissen Mord von Paul Frölich.

Organisationspreis Mk. 5.—

Zu beziehen durch **Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistraße 49/50.**

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Tribüne für proletarische Kultur und Arbeit

Beilage zu Nr. [illegible]

Was soll ich lernen?

Von A. Kirpitschnikoff.

(Schluß.)

Politischer Grundunterricht.

Endlich rafft sich Heinz auf und geht, als er seine Zeitungen ausgetragen hat, ins Parteisekretariat hinauf. Er macht keine langen Umschweife, sondern sagt dem Genossen dort kurz heraus, wie es mit ihm steht. Jener weiß ohnehin schon einiges darüber, wie es ihm ergangen ist.

„Sie sind nicht der einzige Genosse Frischmuth, dem es so geht. Das ist eine alte Sache und dabei ist sie immer neu. Jedes Jahr steht es anders. Wie die Partei wächst und der Kampf schärfer wird, wie die Organisationen immer neue Kräfte verlangen und verschlingen, so ändern sich auch die Fragen jedesmal. Was wir lernen sollen, und wie wir lernen sollen, wir in Dummheit gehaltene Proleten, da gilt es immer und immer wieder neu zu überlegen, und immer und immer wieder ist es notwendig, neue Formen und neue Mittel dafür zu finden. Da gibt es keine Entscheidung vom grünen Tisch, und ich kann Ihnen darum auch nicht gleich hier eine Anweisung geben. Aber wissen Sie was? Kommen Sie doch morgen abend wieder. Ich habe jetzt schon eine ganze Reihe von Genossen hier im Bezirk, die in ähnlicher Lage sind, wie Sie. Jedem ist es etwas anders gegangen, je nachdem, wo er arbeitet, wenn er in die Partei gekommen ist und aus sonst mancherlei Gründen. Aber das wird gerade gut sein. Sie sollen sich mit ihnen zusammensetzen und jeder wird aus seiner eigenen Erfahrung dazu beitragen, die Lücken festzustellen, die ausgefüllt werden müssen. Und der eine oder der andere wird auch schon praktische Vorschläge machen können. Ich will auch den Genossen Rudolph dazu einladen, der wird Ihnen viel helfen können. Er ist ein Studierter und leitet seit vielen Jahren in unserem Bezirk die Bildungsarbeit.“

Heinz hatte mit Spannung zugehört. Und es ist ein neues Gefühl über ihn gekommen, wie er es noch nie gehabt hat. Er fühlt sich plötzlich nicht mehr allein. Er sieht schon die Kollegen, die ihm helfen würden, und denen er auf seine Art helfen würde, und er freut sich auf die gemeinsame Ausarbeitung eines Planes, den sie dann ebenso gemeinsam würden verwirklichen können.

Er faßt den Sekretär am Arm. „Wirklich, Genosse, das ist gut! Und wissen Sie, wie ich mir das denke? Früher habe ich mir das einmal so ausgedacht, daß ich alles auf der Welt wissen möchte, und dann wieder habe ich mir es eine Weile anders vorgestellt, daß man bloß so ein paar Hauptsachen lernen die beitragen, die Partei ausbauen und zu festigen und die uns brauchte, die nötig sind, um bei der Organisation zu helfen, die Avantgarde, befähigen, die Macht zu übernehmen. Jetzt sehe ich es schon wieder anders. Und ich glaube, jetzt ist es so richtig. Diese allgemeine Vielwisserei ist natürlich Unsinn. Es geht ja auch einfach praktisch nicht. Aber auch diese ganz einseitige Beschränkung ist nicht das Richtige. Man muß jetzt, — wie soll ich das nur sagen — von dem politischen aus, von dem, was man wirklich zum Kampf braucht, von dem aus, was zu wissen und zu können nötig ist, um die Bourgeoisie zu verjagen, — also das muß uns immer Leitfaden sein. Aber zur Ergänzung und zur Regelung und damit wir es wirklich überall als Waffe anwenden können, müssen wir solche anderen Kenntnisse und anderen Dinge als Waffe heranholen.“

Heinz schweigt eine Weile und sieht mit zugekniffenen Augen vor sich hin.

„Ich glaube,“ sagt er dann langsam, „manches von dem, was ich mir so zuerst vorgestellt hatte, sogar von den Sternen wird mit zu dem gehören was wir lernen müssen. Wenn ich so denke, was man dem Vater Jakob antworten müßte, und denen, die auf ihn hören, und wenn man ihnen so richtig zeigen könnte, wie es mit dem Himmel ist und mit den Sternen.“

„Aber lassen wir das, lassen wir, Sie haben schon ganz richtig gesagt, jetzt müssen wir uns einmal zusammensetzen und das feststellen, was wir heranziehen müssen, aus allen möglichen Gebieten.“

Heinz lachte: „Ich bin ein Esel. Ich werde allein das nicht zurecht denken können. Aber morgen abend — Sie werden doch auch da sein, Genosse?“

Heinz streckte dem Sekretär die Hand hin, die dieser ihm kräftig schüttelt. „Auf morgen abend!“

„Wissen Sie, Genosse,“ fängt Heinz noch einmal an, „wie man das nennen könnte, was wir jetzt ausarbeiten wollen? Das wäre so ein Grundkreis von Wissen [illegible], von Wissen, über das ein jeder verfügen müßte, der [illegible] [illegible]. Und ein „politischer Grundunterricht“ wird das werden, woran wir jetzt anfangen wollen, den Plan auszuarbeiten.“

An die Arbeit.

Am anderen Abend sitzen die Genossen im Sekretariat zusammen. Es ist nicht ganz leicht, die Arbeit anzufangen. Schließlich findet man die beste Methode heraus. Es ist den meisten Genossen so ähnlich gegangen wie Heinz. Sie sind immer wieder auf Argumente gestoßen, vor denen sie verstummen mußten. Diese verschiedenen Einwendungen fängt einer nach dem anderen an in großen Zügen aufzuzählen, und es zeigt sich bald, daß es immer wieder dieselben sind.

Der Kommunismus ist das Ziel der Revolution.

Laßt uns daran denken, daß wir die Revolution nur wollten, um die Mängel zu beseitigen, welche die Welt entstellt haben, um jeden Menschen auf den ihm gebührenden Platz zu stellen, um die Ungerechtigkeiten zu vernichten, das allgemeine Elend, das durch die abscheulichsten Einrichtungen hervorgerufen wurde. Wir haben die Revolution begonnen, um der entsetzlichen Not der Massen ein Ende zu machen und den überwältigenden Einfluß der Minderheit abzuschaffen, wir haben sie begonnen, um das Ziel der Menschheit zu erreichen, das Glück aller. Ja, das Ziel dieser Revolution ist: Wohlstand für alle, Gleichheit, Freiheit, Glück für alle.

Beinahe hatten wir schon alles erreicht. Wir müssen unsere Anstrengungen von neuem machen. Auf, Kameraden der Freiheit!

Die feierlichen Versprechungen, die euch gegeben wurden, dürfen nicht eitel gewesen sein. Was mit soviel Mut und so großen Opfern erreicht wurde, darf nicht wieder preisgegeben werden.

Das Wohl aller ist die Grundlage des Staates. Jedermann hat Anspruch auf das Glück. Die Aufgabe jeder Körperschaft ist es, jedem seiner Mitglieder sein Wohlergehen dauernd zu sichern. Die bestimmten Einrichtungen, um diesen wunderbaren Zustand herzustellen, sind unendlich leicht zu treffen.

Die tyrannischen Herren der alten Ordnung haben an das Interesse des einzelnen appelliert, um — mit Hilfe verlogener Illusionen — den proletarischen Staat abscheulich erscheinen zu lassen.

Wir werden aber allen unseren Genossen beweisen, daß die Freiheit die Freiheit ist, daß der proletarische Staat keine Tyrannei ist, daß dieser Staat vielmehr zum Ziele haben muß und kann: Die Unterstützung und das Wohl aller seiner Mitglieder, die unveränderliche Glückseligkeit aller Menschen.

Aus „Der Volkstribun“ von Baboeuf
(hingerichtet am 27. Mai 1797).

Wie gut, daß Genosse Rudolph da ist! Man überträgt ihm bald die Leitung der kleinen Versammlung. Und er nimmt ein Papier vor sich und zeichnet die Argumente nach Gruppen geordnet auf.

Heinz sitzt neben Rudolph und sieht immer gespannter auf das Papier, das sich mit den gelehrten Schriftzügen Rudolphs füllt. —

Schließlich hat der letzte Genosse seine Erfahrungen zu Papier gegeben.

„Ich glaube, jetzt könnte man,“ sagte Heinz, der schon angefangen hatte, unruhig auf seinem Stuhl hin und her zu rücken, je aufmerksamer er der Niederschrift seines Nachbarn gefolgt war, „ich glaube, jetzt könnte man gleich ....“

Aber Rudolph legt ihm die Hand auf den Arm: „Warten Sie einen Augenblick, Genosse. Ich glaube, wir haben für heute abend zuerst einmal genug getan. Ist jemand unter ihnen, der Maschine schreibt? Ja? Dann nehmen Sie dies Blatt hier und schreiben Sie es schnell ab, und dann soll jeder von Ihnen ein Exemplar mit nach Hause nehmen, es sich ein paarmal gründlich überlesen und überlegen, was wir jetzt weiter machen wollen und müssen. Das nächste Mal wollen wir dann den ersten Schritt zur Planaufstellung tun und genau umgrenzen, was wir lernen müssen.“

Heinz bändigt die Gedanken noch einmal, die schon weiter, viel weiter galoppiert waren, und hört einem Gespräch zu, das eben einer der anderen Genossen mit Rudolph begonnen hat, während ein anderer schon auf der Maschine [illegible].

[illegible] Rudolph die Blätter in der Hand. [illegible] sieht sie noch einmal durch und ist eben im Begriff, sie zu verteilen, als er noch einmal abbricht.

„Wir können doch wohl noch einen Schritt weiter gehen, glaube ich.“

Und er setzt sich noch einmal, und mit seinen Schriftzügen schreibt er neben die verschiedenen Gruppen, in die er die von den Versammelten angeführten Einwände geteilt hat, neue [illegible] hin.

Heinz hat ihm über die Schulter gesehen und jetzt lacht er. Ja, ganz so ähnlich hatte er es sich auch gedacht!

Nun steht er auf der Straße vor diesem Haus, das er vor gar nicht so langer Zeit zum ersten Mal aufgesucht hat und in dem er neulich so voller zerstörter Hoffnungen zurückgekehrt war. Es ist ihm, als wäre etwas ganz besonderes Schönes geschehen. Er freut sich wie ein Kind, als er in der Rocktasche den sorgfältig gefalteten Zettel knistern fühlt. Ein neues Land und neue feste Wege liegen vor ihm.

Er geht jetzt nach Hause, um die paar Worte Rudolphs „Entwicklungslehre“, „Soziologie“, „politische Oekonomie“ und wie sie weiter heißen, zu ergänzen und sich heute abend noch ein klares Bild zu machen von dem, was er in den kommenden Wochen und Monaten lernen will, zusammen mit den anderen Genossen.

Und während er noch einmal zu den Sternen aufschaut, die ihn heute wie damals anglitzern, als er gerade entlassen war, laufen seine Gedanken wieder voraus in die Zukunft, und er genießt schon ordentlich all die schönen Dinge, die er bald, bald in sich aufnehmen wird. Ja, er will und er wird wissen, wie das alles zusammenhängt, was man so das „Leben“ nennt, und er wird lernen, wie er es braucht, er, der sich heute mit Stolz einen kommunistischen Kämpfer nennt, und der bereit ist, alles, auch sein Leben für die Befreiung seiner Klasse zu opfern.

Und Heinz fühlt in diesem Augenblick, der ihn mit so vielen tausend Brüdern, mit den Sternen dort oben, mit der Welt und dem Leben der besseren befreiten Zukunft verbindet, daß er glücklich ist.

In der Strecke.

Von W. Biewald

Oben lacht die Sonne ....

Unten, von niemanden gesehen, von niemanden gehört, arbeiten die Bergleute. Was zwingt sie wohl, der Sonne untreu zu werden? Ist es der hohe Verdienst? die leichte Arbeit?

Es rasselt der Bohrhammer in den Händen des Hauers. Mit seinem ganzen Körpergewicht drückt er auf ihn, um noch vor Schichtende abschießen zu können. Schlag auf Schlag im rasenden Tempo eines schießenden Maschinengewehrs dringt der Bohrer langsam in das Gebirge ein. Der Hauer hört nichts und sieht nur das Bohrloch, in dessen Nähe er seine Sicherheitslampe befestigt hat, um das Vordringen des Bohrers genau beobachten zu können. Das Schütteln des Körpers durch den Hammer, das unaufhörliche Geratter, die karge Beleuchtung, der durch die austretende Preßluft aufgewirbelte Gesteinsstaub, das Bewußtsein, vorigen Monat mit fünf Mark unter dem Mindestlohne abgeschlossen zu haben, haben ihm alles auf der Welt vergessen lassen. Nur eins hat er im Auge: den sich im rasenden Tempo drehenden Bohrer. Nur einen Wunsch hat er: Schicht machen. Sein Kollege, ein Schlepper, füllt Berge in einen Förderwagen. Neun Wagen hat er bereits gefüllt und nach vorne gefahren, auf einem Gestänge, über das sich jeder Pyramidenbauer gefreut hätte, denn zu damaliger Zeit gab es überhaupt kein eisernes Gestänge. Aber was weiß ein Schlepper von der modernen Technik?! Zwölf Wagen muß er füllen und wegfahren, noch drei also, und in einer halben Stunde ist Schicht. „Der verfluchte Steiger“, regt sich der arbeitende Bergmann in Gedanken auf, „wenn der mir vorne nicht dauernd in die Quere gekommen wäre, hätte ich jetzt bereits den letzten Wagen gefüllt. Aber nein, von den letzten Wagen dürfen die Bergschlepper keine nehmen, er braucht sie für die Kohle; und lacht noch dazu: es sei ein Kohlenwerk bei uns, wir fördern Kohle und keine Steine. Soll ich denn die Berge in der Tasche forttragen?! Leistung wird verlangt, aber Wagen hat es keine für uns.“

Für einen Moment hält der Schlepper mit seiner Arbeit inne, nimmt die staubdurchtränkte Mütze ab, wischt damit den Schweiß vom Gesicht.

Noch eine halbe Stunde!

Von der freien Meinungsäußerung.

Von Ketty Guttmann.

Ich habe heute einen verzweifelten Menschen getroffen. Er war im Jahre 1906 ein „Revolutionär“, ein strammer, theoretischer Bolschewik, der Zeitungen und Zeitschriften mit scharfen Polemiken gegen Andersdenkende versorgte.

Seit der Zeit, da die Bolschewisten am Ruder sind, ist er ein wütender Bolschewistenfresser. Er hat schon drei Selbstmordversuche gemacht; die Welt will sich absolut nicht nach seinem Kopf gestalten. Dieser Kopf ist ohne Einschränkung ein oppositioneller Kopf. Im Jahre 1906 hieß dies zugleich ein revolutionärer Kopf. Damals konnte er mit nichts und mit niemanden einverstanden sein. Und er durfte nach allen Seiten darauf losspucken. Es war notwendig, daß man alles in Grund und Boden hinein verdonnerte. So ganz betrachtete keiner einen solchen Elan. Niemanden schadete auch wirklich dieses gehemmte Vernichtungsurteil. Die Hauptarbeit des Jahres 1906 war getan — das Bürgertum zog sich knurrend mit seinen „Errungenschaften“ der Konstitution und der freien Meinungsäußerung auf seine immerhin erträgliche Position zurück, bellte noch etliches von zaristischer Unterdrückung — die proletarische Revolution aber war der Schatten an der Wand. Da konnte man gut „Bolschewik“ sein.

Seit 1917 haben sich die Dinge total und unverkennbar geändert. Die oppositionellen Köpfe müssen — daran ist gar nichts zu rütteln — allerhand verschlucken.

Mein Bekannter erstickt fast daran. Gleichgültig, woher sein Nicht-Einverstandensein mit der Welt überhaupt stammt. Aber die Bolschewiki haben aus irgendeinem Grunde keine Zeit gehabt, seine unermüdlichen Zweifel, Vorstellungen und Einwände zu beobachten. Sie haben vieles gemacht. Natürlich hatte er 1906 schon Gelegenheit, diese nun wirklich gewordenen Taten ausführlich zu besprechen. Damals hat er ja auch durchaus bolschewistisch gedacht. Aber damals waren alle bolschewistischen Meinungen nur Vorschläge, Zweifel, Einwände. Nach Herzenslust konnte er bolschewistisch polemisieren.

Seit der Zeit haben aber gerade die Bolschewisten die freie Meinungsäußerung unterbunden. Wo es doch solche Lust ist, für und wider zu erwägen. Wo doch im Grunde der eine und der andere, jeder recht hat — und im Grunde — alle beide Schurken sind. Wo doch eine feingespitzte Gemeinheit, dem Gegner ins Auge gestoßen, noch über den Genuß einer frischen Feige geht. Wo doch die marxistische (!?) Dialektik geradezu die Lust an talmudistischen Disputationen zu erwecken vermag.

Aber das ist es ja eben! Die Bolschewiken sind ja „keine Marxisten“. „Gewaltmenschen, rohe Diktatoren“ — ohne Achtung vor spitzigen Sogismen, ohne Kenntnis überhaupt der Schwierigkeiten, die der Sozialismus machen muß. Natürlich — die haben darauf losgehandelt! Die haben keinen gewandten Dialektiker um Rat gefragt. Sonst hätte der ihnen sofort Bescheid gesagt, daß 1917 nicht und nie etwas zu machen war. Die haben keine Logik in den Knochen und keinen Respekt vor dem feinen Verstand. Die müssen ja zugrunde gehen. Seit 4½ Jahren erwarten das alle feinen Köpfe. Lassen sich nichts dreinreden — diese groben Bolschewikis. Ganz recht, daß sie mit allen Mitteln erschlagen werden sollen.

Der arme Kerl wartet seit 4½ Jahren auf den Sieg der „Vernunft“. Mittlerweile hätte er ja sonst irgendwo seiner Herzenslust frönen können. Man sollte meinen, daß die Bolschewiki ja wahrhaftig noch nicht Herren der Welt sind, daß da Platz genug wäre für freie Meinungsäußerungen. Aber nein! — „Solange Bolschewiken regieren, existiert überhaupt keine freie Meinungsäußerung in der Welt!“ Das ist eine überraschende, gar nicht wegzuleugnende Tatsache. Solange die Bolschewiken regieren, interessiert sich die ganze Welt nur für das Experiment. Ueberall tut man etwas, und zwar Bolschewistisches und Antibolschewistisches. Vollkommene Heereslager aller Diskutierklubs der Welt! Kein Mensch hat ein Interesse für einen talmudistischen Lufthieb. Die oppositionellen Köpfe haben es nicht mehr gut in der Welt.

Der heutige Mensch muß sich entschließen. Drei Selbstmordversuche hat er gemacht — ein guter Kerl, der niemanden weh tun will und dennoch an einer giftigen Absonderung erstickt. Nun — die bitterste Ironie! Die Sowjetregierung hat ihn nach Moskau geholt, gibt ihm Brot und Arbeit und glaubt anscheinend dennoch, daß ein solcher zugespitzter Kopf einmal das Rechte treffen könnte. Wenn nicht — nun, Rußland unter dem Regime der Bolschewisten ist wirklich ein breites Land, in dem hunderttausend Leute ihre Steckenpferde tummeln können. Wollen sie etwas machen — das ist schon wieder ein anderer Fall. Meinen kann man alles mögliche. Gehandelt wird aber in der ganzen Welt nur bolschewistisch oder antibolschewistisch. Daß in Rußland nur bolschewistisch gehandelt wird, dafür hat eben die bolschewistische Macht zu sorgen.

Die Presse als Volksbildnerin.

Große Volksschichten, wie Arbeiter, Angestellte, Beamte haben nicht die Möglichkeit, durch das Studium von Büchern Allgemeinbildung und Wissen zu erlangen, denn es existieren nur wenige Werke, die auf leichtverständliche und wirklich volkstümliche Art der Darstellung dem Unvorgebildeten ein Selbststudium ermöglichen. Und diese Werke in fruchtbringender Weise durchzuarbeiten, mangelt es vielen an Anleitung oder Zeit, und wenige sind überhaupt in der Lage, sich derartige Bücher zu kaufen. Es handelt sich aber nicht allein um wissenschaftliche (oder schöngeistige) Bildung, die für den Arbeiter nötig ist, sondern um politische und wirtschaftliche. Politisch denken lernen müssen die Massen, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft müssen sie erkennen lernen. Der Arbeiter, der die staatspolitischen und ökonomischen Vorgänge und Zusammenhänge klar erkennt, muß notwendig — d. h. wenn er konsequent handelt — ein Klassenkämpfer sein, denn er weiß um seine Lage, weiß, welche Ketten es sind, die ihn bedrücken und fesseln, und er weiß den Weg, der zur Freiheit führt.

Viele haben als einzigen Lesestoff nur ihre Zeitung, die mit ihrem mannigfachen Inhalte auch Wissen und Bildung geben soll. Der übergroße Teil der Zeitungspresse befindet sich aber in kapitalistischen Händen, d. h. sie wird in erster Linie dazu gebraucht, dem Besitzer die Taschen zu füllen, statt, wie es sein sollte, den breiten Massen des Volkes Bildung zu vermitteln. Ein Unding wäre es, wollte die bürgerliche Presse — denn diese liegt in kapitalistischen Händen — beide Zwecke zugleich erfüllen; beide sind entgegengesetzt, und es liegt nicht im Interesse des Kapitalisten, seinem Sklaven das Tor zur Freiheit zu öffnen.

Es ist für den Denkenden klar, daß das Kapital durch seine Presse die Massen verdummen will. Wenn Stinnes Zeitungen im großen aufkauft, so geschieht das nicht zu dem Zweck, die Volksbildung im großen zu organisieren. Man muß um so eher das Gegenteil annehmen, als bekannt ist, daß die Konjunktur in der Zeitungsbranche hundertmal bessere Möglichkeiten zur Anlage von Kapital bietet.

Aufgabe der proletarischen Presse ist es, die verheerenden Wirkungen, welche die bürgerlich-kapitalistische Verdummungspresse zeitigt, in das Gegenteil umzukehren, indem sie den breiten Massen die Kenntnis nicht nur der Wissenschaft, sondern auch von politischen und wirtschaftlichen Dingen vermittelt und sie so zum Klassenkampf erzieht. Aufgabe aber der Arbeitermassen, welche den Willen zur Befreiung in sich tragen, welche bereits den Klassenkampfgedanken erfaßt haben, muß es sein, ihre Zeitung — die nur auf ihre Leser angewiesen ist — zur Seite zu stehen, sie zu unterstützen, indem sie ihr neue Massen zuführen, welche durch die proletarische Presse zu neuen Bataillonen des Klassenkampfes herangebildet werden!

M. Duschinski.

[illegible] Ich war, es [illegible] [illegible] [illegible]
Die Wache ist voll, [illegible] Die ersten Wagen [illegible] zu fahren, [illegible] rechts [illegible] der Wagen, [illegible] Licht geben auf [illegible] Einem Menschen ist es unmöglich, ihn wieder herauszuheben, das Gehänge liegt viel zu hoch dazu.

Verfluchte, verfluchte, Verdammte verfluchtes! flucht der Schlepper und versucht den Wagen aufs Gehänge zu stellen. Nicht zu machen, er muß seinen Hauer zu Hilfe rufen. Einen Augenblick bleibt er stehen. Ist es denn immer noch nicht Schicht?

Plötzlich horcht er auf! Weiter hinten, an einer Stelle, wo drei zerbrochene Türstöcke nebeneinander stehen, gibt einer von diesen einen Laut von sich. Nur ein Bergmann versteht die Sprache der Bauhölzer und des Gebirges.

„Seit drei Wochen bin ich gebrochen“, spricht der Türstock, „auch meine Kameraden links und rechts sind krank. Wir halten den Druck nicht mehr aus, brechen zusammen. Schafft neue Kräfte, sorgt für Ersatz, geschieht es nicht bald, so fallen wir und die Strecke stürzt ein“. Auch der zweite Türstock macht sich durch einen Knacks hörbar. „Zu spät“, sagt er, „in vielleicht schon fünf Minuten falle ich, wird was wird!“ „Wir haben unsere Freunde, die Menschen, gewarnt“, ergreift da der dritte Türstock das Wort, „weshalb haben sie nicht für Ersatz gesorgt?“

Oben im Gebirge wird es unruhig. Ein Stück löst sich vom Ganzen und fällt in die Strecke. Da plötzlich ein Ruck, ein Krach. Der eine Türstock knickt zusammen, die Kappe fällt herunter, Gebirge stürzt nach. Unwillkürlich greift der Schlepper nach seiner Lampe, will fliehen. Aber dort hinten rasselt der Bohrhammer immer noch. Der Hauer muß benachrichtigt werden, denn bricht die Strecke ganz zusammen, so sperrt ihn der Bruch ein, ohne Luft, ohne Wasser. Entschlossen läuft der Schlepper unter dem brechenden Gebirge hindurch; ein Stück fällt ihm auf den Kopf, er merkt es nicht. Jetzt ist er vor den Ort gelangt, stellt die Luftzufuhr ab, das Geknatter hört auf.

„Zurück!“, ruft er, „es macht einen Bruch!“ „Wo?“, fragt der Hauer, „wird wohl nicht so schlimm sein.“ Leicht läßt sich ein Bergmann nicht aus der Ruhe bringen. — „Dort, wo die drei Türstöcke gebrochen waren.“

Der Hauer richtet seine Aufmerksamkeit nach der angegebenen Richtung. Der Schlepper hat recht, das Gebirge ist unruhig, aber immer noch keine Veranlassung zur eiligen Flucht.

„Los, das Geräte, den Hammer mit Schlauch, die Jacken!“ Beide sammeln das Werkzeug.

„Jetzt fort!“ Der zweite Türstock bricht zusammen; Berge stürzen nach. Auf allen vieren kriechen die Kameraden unter dem rumorenden Gebirge durch, auch das Werkzeug ist gerettet.

„Halt, meine Kaffeeflasche“, ruft der Schlepper, „meine Mutter wird schön schimpfen, wenn ich ohne diese nach Hause komme.“ Aber schon ist es zu spät. Ein Donnern und Krachen, der dritte Türstock bricht zusammen, das Gebirge stürzt nach, würgt noch zwei gute Baue um. Die Strecke ist zu.

„Schicht“, sagt der Hauer, indem er auf seine Uhr blickt, „da haben wir heute Schwein gehabt, zwanzig Minuten vor der Zeit aufhören zu können, räume das Geräte auf!“

Das Werkzeug wird aufgeräumt. Eine zeitlang lauschen die Kameraden. Das Gebirge hat sich beruhigt. Die Strecke ist endgültig zu. Es wird einer Arbeit von mindestens acht Tagen bedürfen, um sie wieder aufzuwältigen. Das Gewissen der Kameraden ist ruhig, denn noch rechtzeitig haben sie den Steiger auf die zerbrochenen Türstöcke aufmerksam gemacht. Dieser aber hatte keine Leute, um sie auswechseln zu lassen.

Zwei Welten.

Von Gösta Brand.

Zwei Welten stehen gegenwärtig im Kampfe. Jede von ihnen schließt die andere aus. Es ist ein Kampf um Leben und Tod. Mut gehört dazu, die ganze Unerbittlichkeit dieses Kampfes einzusehen. Es gibt für uns Menschen nur die eine Wahl: für — oder wider!

Vor einem Jahrhundert trat die damals neue bürgerlich-kapitalistische Welt in einen ebensolchen unerbittlichen Kampf ein gegen die alte Welt des Feudalismus. In den Kampf um Sein oder Nichtsein. Was aber hat die siegreiche Bourgeoisie von der überwundenen feudalen Gesellschaft bestehen lassen? Doch nicht mehr als ein paar Namen und Titel. Alles andere, alles Wesentliche wurde vernichtet: eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft trat an die Stelle der Besiegten.

Was wir daraus lernen müssen, ist: es gibt kein Nebeneinander von zwei solchen Welten; es gibt kein Nebeneinander von bürgerlich-kapitalistischer und von sozialistischer Welt; kein Nebeneinander von Bourgeoisie und Proletariat. Der Kampf geht um Leben und Tod!

Was wird das Proletariat von der bürgerlich-kapitalistischen Welt übrig lassen? Es wird sie ausrotten müssen mit Stumpf und Stiel. Nichts darf übrig bleiben von der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Wir sind das Geschlecht des Ueberganges, dem dieser Kampf auferlegt ist als unsere erste und letzte Aufgabe. Das müssen wir klar erkennen und danach handeln — mit aller Unerbittlichkeit.

Bourgeoisie und Proletariat: zwei Welten, die sich bekämpfen müssen bis zur völligen Vernichtung der einen, bis zum restlosen Siege der anderen. Ein Kampf, dessen Entscheidung allein im Gebiete des Wirtschaftslebens fallen kann und wird. Aber ein Kampf, der das ganze Gebäude unserer Kultur erfüllt.

Ein volles Jahrhundert hindurch hat die Menschheit im Zeichen des Kapitalismus gelebt. Wir alle tragen die Grundstoffe dieser Lebensweise als Erbe von Vater, Großvater und Urgroßvater in uns. Der ganze verwickelte Apparat der bürgerlich-kapitalistischen Kultur mit Wirtschaft, Recht, Schule, Kirche, Sitte, Moral war einhundert Jahre lang am Werke, um uns zu bürgerlich-kapitalistischen Menschen zu bilden, zu pressen, zu formen. Wir tragen diesen bürgerlich-kapitalistischen Geist nicht als ein äußeres Gewand, das wir eines Tages abstreifen könnten; nein, in unserem tiefsten Wesen, in unserem Fühlen, Denken, Wollen lebt dieser Geist des bürgerlichen Kapitalismus. Wer auf sich selbst achtzugeben gelernt hat, sieht täglich mit Entsetzen, wie tief und zäh dieser Geist in uns sitzt. Wir sprechen immer nur vom Kapitalismus als einer Wirtschaftsordnung; aber seit Karl Marx sollten wir wissen, daß jede Gesellschaftsordnung sich einen geistigen Ueberbau schafft, so wie er ihrem Wesen entspricht.

Wir erkennen, daß der Kapitalismus nicht nur eine wirtschaftliche, sondern noch viel schlimmer: eine geistige Seuche ist, die wir nur da erfolgreich bekämpfen können, wo sie wurzelt: in unseren Reihe.

Darum heißt es: Kampf und Vernichtung diesem geistigen Kapitalismus! Sonst werden wir eines Tages, wenn wir die Macht haben, die Gesellschaft nach unserem Willen einzurichten, mit Grauen sehen, wie die bürgerlich-kapitalistisch fühlenden, denkenden, wollenden Menschen den Geist der alten vernichteten Welt in unsere neue werdende Welt als zersetzenden Giftstoff hineintragen. Denn wir müssen doch ehrlich und mutig genug sein, die Dinge zu sehen, wie sie sind: wir sind, wie wir jetzt leben, so stark durchtränkt von jenem Geiste der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, daß wir später verzweifeln müssen, ob wir ihn je ganz abtöten werden. Und ob wir auch tausendmal diesen [illegible] feindlichen Geist bekämpfen, ob wir ihn tausendmal aus[illegible] [illegible], diesen Teufel des Kapitalismus, er wird [illegible] [illegible] [illegible]

Plünderung.

Von Max Barthel.

Die Berliner Arbeiter demonstrieren [illegible] Berliner Westen, dem Millionenviertel. Es hat dort schon einmal eine Demonstration, die der Arbeitslosen. Max Barthel hat das damals in folgendem festgehalten. Es ist eine [illegible] Erinnerung — wenn diesmal auch nicht die Arbeitslosen, sondern die Metallarbeiterschaft demonstriert. Die Red.

Die große Stadt war von den Arbeitslosen überschwemmt. Die besten Geschäftsstraßen verdunkelten sich, wenn die schwarze abgerissene Schar eilt ihnen vorüberstrich. Die guten Bürger beruhigten sich und in den Salons wurde die soziale Frage erlöst. Es gab leidenschaftliche Debatten in der Kammer, aber die Not stieg von Tag zu Tag, die Schatten der Hungrigen wurden immer drohender, ihre wilden Gesänge und Schreie hämmerten in die Ministerstuben, die leeres Stroh droschen, und den tauben Ertrag ihrer Reden zu einer Resolution über Notstandsarbeiten aufhäuften. Die Damen im Westen der Stadt organisierten einen großen Wohltätigkeitsball zugunsten der hungernden Kinder und die große Presse beschrieb ausführlich diese Veranstaltung und bemerkte mit feinem Takt, daß unter den anwesenden hohen Gästen auch der Erbprinz sich durch eine reichliche Spende hervorgetan habe. Das war sehr deutlich und im Westen der Stadt bemäkelten die feinen Damen, daß der anwesende Minister einen weit geringeren Betrag gezeichnet hatte, als seine Hoheit, der Erbprinz. Eine illustrierte Zeitschrift brachte das Bild des Prinzen auf der ersten Seite; Postkarten des Prinzen gingen reißend ab, es fehlte nur noch ein Regiment Soldaten in jeder Stadt, und die davongelaufenen und davongejagten Monarchen saßen wieder auf angestammten Thronen und bliesen auf dem Instrumente des Gottesgnadentums. Die Bürger, der straffen Zucht entwöhnt, lechzen schon lange danach, wieder auf dem Bauche zu kriechen und das Heil dir im Siegerkranz zu singen.

Da setzten die Plünderungen ein, die Arbeitslosen wurden nicht satt, die Notstandsarbeiten verzögerten sich, von Luft kannst du nicht leben, nimm, wo du findest; eine dünne Scheibe Glas trennt dich von duftendem Brot; in den Schaufenstern häufen sich die feinsten Stoffe und du gehst in Lumpen. Die Scheiben krachten und splitterten, Schuhwaren wurden geplündert, aus einer Konditorei die fetten Damen verjagt, einem Butterhändler der Wucherpreise ausgeschrieben hatte, die goldgelbe Butter in den Straßenkot geworfen; einmal wurde eine Kiste Eier zerschlagen, ein anderer Trupp schmiß einen Straßenbahnwagen um, ein Leutnant wurde verprügelt, in einer Bäckerei wurden Brote verteilt. Das Fieber der Panik ergriff und schüttelte den Westen und die Geschäftsleute. Sie schrien nach der Polizei, brüllten nach Militär und meldeten sich zum Selbstschutz, den ein königstreuer, aber arbeitsloser Hauptmann in aller Stille organisierte. Waffen wurden verteilt, eigene Leute und Detektive mischten sich unter die Arbeitslosen und putschten aus Leibeskräften, aber da griff die Polizei ein, schoß in die Hungerhaufen, tötete elf Arbeitslose und zwei Lockspitzel und über hundert Männer wurden verhaftet. Man trieb sie mit Kolbenstößen in die Kaserne, drei wurden „auf der Flucht“ erschossen, den anderen hing man einen großen Prozeß auf und schickte sie auf Monate und Jahre in die Gefängnisse. Dort hatten sie wenigstens zu essen.

Erst als es Tote gab, rührten sich die Arbeiter in den Fabriken, demonstrierten, hoben die roten eingerollten Fahnen hoch und gingen wieder nach Hause. Die Regierung beherrschte die Lage. Die Notstandsarbeiten begannen und der königstreue Hauptmann schoß, ehe er die Waffen nach Bayern verschob, einen Minister über den Haufen und ließ sich dann in Ungarn nieder. Die Bürger faßten neuen Mut, sie rächten sich, weil man sie zitternd gesehen hatte und sperrten hunderttausend Arbeiter aus.

Ueber das Freidenkertum.

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 151 der Zeitung „Ueber das Freidenkertum“ fühle ich mich veranlaßt, mit einigen Worten darauf einzugehen. Im Voraus möchte ich allerdings betonen, daß dies nicht geschieht, weil ich die Diskussion über diese Fragen in unserer Zeitung ebenfalls begrüßte, sondern nur aus dem Grunde, um nicht viele unsrer besten Genossen vor den Kopf zu stoßen durch diese eigenartige Stellungnahme zu unseren freigeistigen Organisationen. Da wir andererseits wieder aus Rücksicht auf den vielleicht größten Teil unserer Genossen von der Partei keinen scharfen Kampf gegen die christliche Weltanschauung verlangen können noch wollen, so halte ich im allgemeinen die Erörterung dieser Probleme in der Zeitung — die ja nicht nur für die Genossen, sondern vor allem für solche, die es werden sollen — bestimmt ist, für weniger begrüßenswert.

Da der Schreiber des Artikels, Genosse E. W., auf Grund seiner Ausführungen scheinbar zu denen gehört, welchen das im allgemeinen tief eingewurzelte religiöse Empfinden fehlt, so ist es jedenfalls schwer, gerade diesen Artikel unter den Genossen zu diskutieren. Denn eine zwei Jahrtausende alte Weltanschauung wie die christliche Religion, kann man eben nicht einfach mit einer Handbewegung abtun, indem man erklärt, der Kampf gegen wirtschaftliche Mißstände bringt die Gegnerschaft zur christlichen Kirche ohne weiteres mit sich. Logischerweise müßte dies so sein, aber die Tatsachen sprechen doch eine ganz andere Sprache. Sie beweisen eben, wie der Verfasser anfangs ganz richtig ausführt, daß die Kirche heute noch überall, und fast scheint es, mehr denn je einen mächtigen Einfluß auszuüben imstande ist. Diesen unheilvollen Einfluß zu verringern und zu brechen, ist vorläufig in unserer bürgerlichen Republik nur durch schärfsten Kampf gegen diesen Hort der Volksverdummung und durch freigeistige, antikonfessionelle Aufklärung möglich. Da hierfür die Partei aus oben erwähnten Gründen nicht in Frage kommt, so kann dies eben nur Sache der freigeistigen Organisationen sein. Daß diese zum Teil bürgerlich-pazifistisch — wie z. B. der Deutsche Monistenbund — eingestellt sind und daher keinen revolutionären Einfluß ausüben, ist nicht zu bestreiten, andererseits sind aber solche, wie die proletarischen Freidenkervereine und gerade unsere schlesischen freireligiösen Gemeinden rein proletarische Organisationen, und wo diese nicht [illegible] auf der Höhe sein, wird es an unsern freigeistigen Genossen liegen, dort ebenso aufmunternd und vorwärtstreibend zu wirken, wie in den Gewerkschaften und anderen Organisationen. Jedenfalls dürfte durch die vorstehenden kurzen Ausführungen der Beweis erbracht sein, daß die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Partei und zu freigeistigen Vereinigungen sehr wohl vereinbar ist im Gegensatz zu derjenigen zu christlichen oder jüdischen Kultusgemeinschaften.

Konrad [illegible], Weißstein.

Tierisches und pflanzliches Eiweiß.

Eine oft erörterte Frage ist die, woher es kommt, daß der Fleischverbrauch in der Stadt bedeutend höher ist als auf dem Lande. Die Erklärung dürfte in folgendem zu finden sein:

Bekanntlich [illegible] Nahrungsmittel, [illegible]

[illegible]

[illegible] täglich 80 bis 90 Gramm Eiweiß; [illegible]

[illegible] es diesen gelungen, daß die ganze Nahrung zu verwerten, während aus unserem Körper ein großer Teil der Vegetabilien ungenutzt herausgeht. Trotzdem ist der Landbewohner viel weniger Fleischkost als der Städter, weil also einen größeren Teil der nötigen Eiweißmenge aus pflanzlicher Nahrung. Nicht etwa, weil er einen längeren Darm hat, sondern weil die zur Verdauung größerer Nahrungsmengen unbedingt erforderliche Bewegungsmöglichkeit auf dem Lande viel größer ist. Der Städter kann aber bei seiner meist sitzenden oder stehenden Lebensweise nur kleine Quanten Nahrung verarbeiten, da er selbst der Verdauung durch Bewegung an der frischen Luft nicht nachhelfen kann. Bei dem jetzigen kolossalen Wucher mit Fleischprodukten ist es einem großen Teil des Proletariats unmöglich, sich überhaupt noch Fleisch oder Wurst zu kaufen. Durch die Verteuerung des Fahrgeldes und die Abholzung der Wälder in der Nähe Berlins können die Arbeiter die dringend nötigen Sonntagsausflüge nicht mehr machen, also aus Mangel an körperlicher Bewegung an frischer Luft auch nur wenig pflanzliches Eiweiß verdauen. Sollte hier eine Aenderung nicht sehr bald eintreten, ist die Katastrophe, die sehr bald erfolgen wird, nicht abzusehen. Gw.

Technik.

Beständigkeit von Beton in Moorwässern. Die Versuche, welche vom Moorausschuß des Deutschen Ausschusses für Eisenbeton seit etwa zehn Jahren unternommen werden, waren zunächst mit kleinen Mörtelproben ausgeführt worden. Sie hatten bei diesen rasch Zerstörungserscheinungen gezeigt, die Versuche mit großen Betonkörpern, Betonpfählen, Rohren und dergl. haben aber erheblich hiervon abweichende günstige Ergebnisse gehabt. Nach einem Vortrag, den Geh. Rat Prof. Dr.-Ing. Gary auf der 25. Hauptversammlung des Deutschen Beton-Vereins in Berlin hielt, kann deshalb mit Recht hier wieder betont werden, daß für die Praxis brauchbare Ergebnisse nur an Körpern gewonnen werden, die der praktischen Verwendung entsprechen. Kleine Probekörper sind den schädlichen Einflüssen in viel zu hohem Maße ausgesetzt. An den großen Körpern haben sich, soweit sie massiv waren, bei gleicher Lagerung auch nach langjähriger Zeitdauer nennenswerte Schädigungen nicht gezeigt. Bei den verhältnismäßig dünnwandigen Rohren, die allseitig vom Wasser umspült werden, sind die Schäden dagegen doch bedenklicherer Art. Durch Zerdrücken der Rohre mit der Rohrpresse ist ihr Festigkeitsverlust auch zahlenmäßig nachgewiesen worden.

Aus den wichtigsten Folgerungen, die aus den Versuchen gezogen werden können, ist hervorzuheben, daß die Bindemittel auf das Verhalten der Körper keinen großen Einfluß gehabt haben, daß auch die Beschaffenheit des Anmachewassers, wie das übrigens auch nach den früheren Seewasserversuchen zu erwarten war, sich nicht wesentlich geltend gemacht hat, daß dagegen der Einfluß der Zuschläge, namentlich des Sandes, beträchtlich ist. In dieser Hinsicht haben die im Laboratorium des Vereins Deutscher Portland-Zementfabriken in Karlshorst von Dr. Framm durchgeführten Analysen entsprechende Aufschlüsse gegeben. Schutzanstriche haben nach den Versuchen auf die Erhöhung der Haltbarkeit wenig Einfluß gehabt; Beimengungen zum Anmachewasser haben andererseits oft die Festigkeit beeinträchtigt. Ein dichter, nicht zu magerer, aus guten, zweckentsprechend ausgesuchten Zuschlagstoffen hergestellter und gut verarbeiteter Beton ist die Vorbedingung für die Haltbarkeit.

Der gütige Schöpfer.

Sieh doch, mein Sohn, wie weise die Vorsehung alles gemacht hat. Der Vogel legt seine Eier ins Nest. Die Jungen werden auskriechen gegen die Zeit, da es Würmer und Fliegen gibt, sie zu nähren. Dann singen sie ein Loblied zu Ehren des Schöpfers, der seine Geschöpfe überschüttet mit Wohltaten....

Singen die Würmer mit, Papa? Multatuli.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Partie Nr. 5.

Russische Partie.

Weiß: Barlow.			Schwarz: Grunow.
1. e2—e4	e7—e5	16. f2×e3	Le7—g5
2. Sg1—f3	Sg8—f6 [1])	17. Ta1—e1	Tf8—e8
3. Sf3×e5 [2])	d7—d6 [3])	18. Sf3—g5	Dd8×g5
4. Se5—f3	Sf6×e4	19. Tf1—f3 [8])	Sc6×d4
5. d2—d4	d6—d5 [4])	20. Dc2×c7 [9])	Sd4×f3†
6. Lf1—d3	Se4—f6 [5])	21. Sd2×f3	Dg5—d5
7. c2—c4	Lf8—e7	22. Ld3—c4	Dd5—c5
8. 0—0	0—0	23. Dc7—f4	Te8—e7
9. Dd1—c2	d5×c4	24. Sf3—e5	Dc6—f6 [10])
10. Ld3×c4	Sb8—c6	25. Se5—g6 [11]	Df6×g6
11. Lc1—e3	Lc8—d7	26. Te1—f1	Ld7—e6
12. a2—a3	a7—a6	27. Lc4×e6	Dg6×e6
13. Lc4—d3 [6])	h7—h6		
14. Sb1—d2	Sf6—g4	Schwarz gewann noch einigen	
15. h2—h3	Sg4—e3 [7])	Zügen die Partie.	

1. Eine der sichersten Eröffnungen, in der Schwarz am meisten Aussicht hat, den Ausgleich herbeizuführen.
2. Das beste; gut ist auch d2—d4.
3. Nicht Sf6×e4, wegen Dd1—e2, Dd8—h7, De2—e[illegible], d7—d6, d2—d4, f7—f6, f2—f4, und Weiß gewinnt 1 Bauern bei guter Stellung.
4. Notwendig, wenn Schwarz den Springer auf e4 behaupten will.
5. Der Rückzug war noch nicht notwendig, besser geschah hier Lc8—g4.
6. L[illegible]—g5, um den Springer zu fesseln, war besser.
7. Ein Positionsfehler. Schwarz öffnet dem Weißen die f-Linie und gibt dem Weißen ein starkes Zentrum, Schwarz mußte Sf6 ziehen.
8. Ein Versehen, das die Qualität kostet. Mit Sd2—f3 war alles gedeckt. Weiß fürchtete anscheinend auf Sd2—f3 den Zug Dg5 nach g3, der Ld7×h3 drohte. Auf Dg5—g3 folgte aber [illegible] Ld3—f5 und damit war diese Drohung verhindert.
9. Noch besser, auf e3×d4 folgt Te8×e1† nebst Ta—e8.
10. Gut war hier auch Te1×e5. Nach Lc4×f7†, Kg8—[illegible] De4×e5 (nicht Lg6† wegen Dc5—f8, auch Lf7—e6† folgt Kf8—e7) Kf7×f8 hat Schwarz eine Figur mehr.
11. Verzweiflung, den folgenden Angriff schlägt Schwarz mühelos zurück und muß dann mit einem Turm mehr gewinnen.

Anfragen sind zu richten an: Otto Baier, [illegible]straße 12.

Spielabende des Arbeiter-Schachvereins sind in folgenden Lokalen: [illegible]

[illegible], [illegible] 7½ Uhr.

[illegible] 7½ Uhr.

[illegible]

„[illegible]“, [illegible] 3, [illegible] Dienstag und Sonnabend 7½ Uhr.